



**Protokoll der 16. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 16. November 2016, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Ursula DUEWELL

Namensaufruf: 35 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderätin Sandra Kern, Gemeinderätin Monika Landert, Gemeinderat Christoph Tschanen, Gemeinderat Christian Wälchli

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretär: Herbert Vetter

Traktanden

- 93 Mitteilungen
- 94 Untersuchungsbericht zur Wärme Frauenfeld AG (WFAG)
Kenntnisnahme
- 95 Fragestunde

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und –kollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich heisse Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Speziell begrüsse ich Herrn Mirko Plüss, er ist Redaktor des Landboten und hat die Erlaubnis, an der heutigen Sitzung teilzunehmen und darüber zu berichten. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Da ich heute mit einer langen Sitzung rechne, habe ich mich entschieden, keine Vorschau auf die in Frauenfeld stattfindenden kulturellen Anlässe zu machen, sondern sofort mit der mit Spannung erwarteten Gemeinderatssitzung zu beginnen.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass 35 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18.

Zu Beginn der heutigen Gemeinderatssitzung wünschen zwei Gemeinderäte, eine Erklärung abzugeben.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktionen SVP/EDU, CVP/EVP und CH/Grüne/GLP: Am letzten Freitag haben diese drei Fraktionen eine gemeinsame Medienkonferenz zur Wärme Frauenfeld AG durchgeführt. Dabei ging es in erster Linie um die Frage: Wie weiter mit dem Wärmering? Wir haben uns überlegt, wie das 15-Millionenprojekt im Interesse und zum Wohl der Stadt Frauenfeld aus der Schiefelage geholt werden kann. Im Namen der drei Fraktionen möchte ich die beiden zentralen Forderungen für eine Weiterführung des Wärmerings auch hier im Gemeinderat kurz festhalten.

1. Die Idee der Aktiengesellschaft als Betreiberin der Wärme Frauenfeld AG ist gescheitert. Es ist deshalb ein neues Modell ohne AG zu erarbeiten.
2. Wir fordern eine Tarifstrategie mit konkurrenzfähigen Energiepreisen. Konkurrenzfähig selbstredend nicht zu Öl oder Gas, sondern konkurrenzfähig zu anderen erneuerbaren Energien. Das bedeutet zum Beispiel 16 bis maximal 20 Rappen pro Kilowattstunde.

Mit diesen beiden strategischen Vorgaben wollen die drei Fraktionen die Stossrichtung für die anstehende stadträtliche Botschaft aufzeigen und damit wertvolle Zeit gewinnen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Wir möchten darauf antworten, da wir in diesem Prozess nicht integriert waren. Denn auch in unserer Fraktion hat der Untersuchungsbericht zu denken gegeben. Durch die Doppelmandate zwischen Verwaltungsrat der Wärme Frauenfeld AG und dem Stadtrat kam es zu einer Rollenverflechtung und damit zu einer wahrscheinlich fehlenden kritischen Distanz und einer ungenügenden Aufsicht der Wärme Frauenfeld AG. Zwar wird es durch den Rücktritt von Stadtrat Huber aus dem Verwaltungsrat der Wärme Frauenfeld AG zu einer Entflechtung der Mandate kommen, aber die Frage, wie Stadt- und Gemeinderat in Zukunft in diesem und auch in anderen Geschäften genügend Einblick in die an Dritte übertragene Aufgaben haben sollen, ist damit nicht gelöst. Auch das vom Gemeinderat erarbeitete und verabschiedete Reglement über die Übertragung von Aufgaben an Dritte löst diese Situation nicht genügend. Es ist klar, dass über die Zukunft der Wärme Frauenfeld AG Diskussionsbedarf be-

steht. So wurde auch vom Stadtrat die Untersuchung durch einen unabhängigen Experten in Auftrag gegeben, um mögliche Szenarien fachlich fundiert zu beurteilen. Diese wird Anfang 2017 erwartet. Aus diesem Grund sieht die Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO es als verfrüht an, sich bereits jetzt auf konkrete Vorgehen festzulegen und setzt sich im Sinn einer nachhaltigen Politik dafür ein, die Expertise abzuwarten, bevor die Meinungen endgültig gemacht sind, was aber nicht heissen soll, dass wir an der AG festhalten wollen oder derartiges.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Die Traktandenliste wurde den Gemeinderatsmitgliedern rechtzeitig gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 zugestellt. Ich stelle die Tagesordnung zur Diskussion. – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung so durchführen.

Da heute keine Wahlen und Abstimmungen geplant sind, verzichte ich auf die Ersatzwahl für die fehlenden Ratsmitglieder. Ich bitte jedoch die Vertreterin der Fraktion CVP/EVP, im Ratsbüro neben mir auf dem Stuhl des Vizepräsidenten Platz zu nehmen und mich wenn nötig zu unterstützen.

Sollte die Sitzung heute sehr lange dauern, werde ich mir erlauben, zwischendurch eine kurze Pause einzuschalten.

93

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP):

1. Die Referendumsfrist für den Erlass des Reglements über die Übertragung von Aufgaben ist am 31. Oktober 2016 ungenutzt abgelaufen. Das Reglement tritt somit per 1. Januar 2017 in Kraft.
2. Mit Stadtratsbeschluss Nr. 282 vom 1. November 2016 wurde die einfache Anfrage betreffend „Liegenschaftsplanung der Stadt Frauenfeld“ von Sandro Erné beantwortet.
3. Mit dem Schreiben vom 2. November 2016 teilt Gemeinderat Mario Weber seinen sofortigen Rücktritt mit. Der Rücktritt wurde vom Stadtrat am 8. November 2016 genehmigt und die Stadtkanzlei beauftragt, das Ersatzverfahren einzuleiten. Gemeinderat Mario Weber wurde auf den 1. Juni 2011 in den Gemeinderat gewählt und zum gleichen Datum in die Einbürgerungskommission. Er wird weiterhin in dieser Kommission tätig sein. Seit dem 18. Juni 2014 gehörte er für die Fraktion CH/Grüne/GLP dem Büro des Gemeinderats an. Ich danke Mario Weber für seine Arbeit im Gemeinderat und wünsche ihm alles Gute, viel Glück und Erfolg für die Zukunft.
4. Als Tischaufgabe finden Sie ein gelbes Blatt der Werkbetriebe. Ich bitte Sie, die Seite im Budgetordner damit zu ersetzen.
5. Ebenfalls liegt eine Liste der eingereichten Fragen für die Fragestunde auf.
6. Ich muss Sie darüber informieren, dass Rücktrittsschreiben an den Stadtrat gerichtet werden müssen und Entschuldigungen für die Ratssitzungen wiederum ans Ratspräsidium. Dies eine Bitte vom Ratssekretär.
7. Gemeinderätin Eveline Buff hat heute eine einfache Anfrage eingereicht mit dem Titel „Robidog-Management“.
8. Gemeinderätin Anita Bernhard Ott hat eine einfache Anfrage eingereicht mit dem Titel „Punkt – das Magazin der Werkbetriebe Frauenfeld“.

UNTERSUCHUNGSBERICHT ZUR WÄRME FRAUENFELD AG (WFAG); KENNTNISNAHME;

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Folgende Unterlagen wurden uns im Vorfeld zugestellt:

- Untersuchungsbericht zur Wärme Frauenfeld AG von den Rechtsanwälten Prof. Dr. Tobias Jaag und Dr. Markus Rüssli vom 11. Oktober 2016
- Medienmitteilung des Stadtrats vom 14. Oktober 2016
- Das Protokoll der GPK-Sitzung vom 4. November 2016 wurde am 15. November 2016 im Extranet aufgeschaltet.

Ich möchte sie darauf hinweisen, dass der vorliegende Untersuchungsbericht nur zur Kenntnisnahme ist. Es wird nach der Debatte keine Abstimmung erfolgen.

Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen sowie der GPK Finanzen und Administration: Die beiden GPKs haben sich vor knapp zwei Wochen in einer Morgensitzung mit dem Bericht auseinandergesetzt. Es war meine Aufgabe, ein Votum vorzubereiten, in welchem ich das Stimmungsbild der damaligen Sitzung aufnehme und in Worte fasse. Die Sitzung war emotional durchaus aufgeheizt, die Äusserungen klar und deutlich. Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen Gemeinderäte waren sich über die Parteilinien hinweg in fast allen Belangen sehr einig. Ich werde in meinem Votum nicht alle besprochenen Aspekte thematisieren, ich greife vier Themenschwerpunkte heraus, die in der Sitzung besondere Beachtung fanden.

1. Aktienkapital

Übergreifend über mehrere Ziffern ist im Bericht das Thema Aktienkapital interessant zu verfolgen. Im Dezember 2011 wurde das Projekt mit 15,3 Mio. Franken Investitionen und vorgesehenen 2 Mio. Franken Aktienkapital der Kantonsregierung vorgestellt. Mitte Februar kam das Thema dann beim Stadtrat auf den Tisch. Die Höhe des Aktienkapitals wurde dort nicht mehr thematisiert. Am 26. Juni 2012 beschloss der Stadtrat, sich an der Wärme Frauenfeld AG zu beteiligen. Die Gründung der AG erfolgte am 31. August 2012 mit einem Aktienkapital von 625'000 Franken. 300'000 Franken Stadt Frauenfeld, 200'000 Franken Stadt Winterthur, von beiden die Finanzkompetenz bis auf den letzten Franken ausgereizt und 125'000 Franken vom Abwasserverband. Statt der prognostizierten und empfohlenen 2 Mio. Franken Aktienkapital nun also eine Gründung mit 625'000 Franken. In den beiden GPKs war man sich grossmehrheitlich einig, dass bereits zu diesem frühen Zeitpunkt Volk und Gemeinderat bewusst umgegangen wurden. Die zugezogene PricewaterhouseCoopers spricht drei Jahre später, als die AG schon tief in finanziellen Problemen steckt, in ihrer Second Opinion von der Notwendigkeit einer Erhöhung des Aktienkapitals um 1,525 Mio. Franken. 625'000 Franken bisheriges Aktienkapital plus 1,525 Mio. Franken zusätzliches Aktienkapital ergibt 2,15 Mio. Franken. An den 2 Mio. Franken von vor der Gründung hat sich auch nach drei Jahren noch nichts geändert. Das war unserem damaligen Stadtmann schon vor der Gründung der AG bekannt und trotzdem wurde gegründet im Wissen, dass dieses Kapital nicht ausreicht und eigentlich ein Entscheid unseres Rats oder des Volks notwendig wäre. Die Mitglieder der GPKs waren sich einig, dass dieses Aktienkapital zu tief angesetzt war. Auch ein Nichtwirtschaftsexperte sollte hellhörig werden, wenn mit 625'000 Franken Aktienkapital Investitionen von über 15 Mio. Franken ausgelöst werden sollen. Initiant war der Stadtmann, doch die Verantwortung liegt beim Gesamtstadtrat. Dieses Handeln ist in den Augen der grossen Mehrheit der Mitglieder beider GPKs als fahrlässig einzustufen.

fen. Einziges relativierendes Votum eines Sitzungsteilnehmers war, dass wohl auch 2 Mio. Franken Aktienkapital nichts am Fehlstart geändert hätten.

2. Investitionskapital

Ein ähnliches Bild zeigt sich in Bezug auf das Investitionskapital. Wenn nur wenig Aktienkapital vorhanden ist, braucht es umso mehr Geld von Investoren. 6 Mio. Franken sollten als günstiges Darlehen von der Stadt Frauenfeld zur Verfügung gestellt werden. Die öffentliche Hand kann günstig Kapital beschaffen und soll diesen Vorteil nutzen, um in die privatrechtlich organisierte WFAG zu investieren. Eine solche Annahme entbehrt jeglicher gesetzlicher Grundlage. Gemäss Art. 56 der GO benötigen Investitionen eine Botschaft. Glücklicherweise intervenierte der neue Finanzchef, als diese Auszahlungen erfolgen sollten. Zu diesem Zeitpunkt hätte es die Gelegenheit gegeben, an den Gemeinderat zu gelangen, um über diese Investitionen zu verhandeln. Der Stadtmann unterliess dies, weil er lieber, um hier und da Kapital aufzutreiben. Im nicht regulierten Energiefonds wurde man fündig und bezog 1 Mio. Franken daraus. 500'000 Franken à-fonds-perdu und 500'000 Franken Darlehen. Dann kam die TKB als potenzielle Geldgeberin ins Spiel. Glücklicherweise war unsere GPK-Runde mit einem Bankeninsider ausgestattet, der uns die Abläufe bezüglich Kreditvergabe erklären konnte. Die TKB wurde angefragt und zeigte Interesse, einen Kredit über 7 Mio. Franken zu gewähren. Allerdings unter Auflagen. Hätte die Stadt Frauenfeld für 2 Mio. Franken gebürgt, wäre die TKB eingestiegen. Wieder hätte der Gemeinderat befragt werden müssen. Das kam offensichtlich nicht infrage, so wurden andere Wege gesucht. Schlussendlich gewährte die TKB einen Kredit über 5 Mio. Franken, geknüpft an die Bedingung, dass Kanton und Gebäudeversicherung je 1 Mio. Franken beisteuern und Stadt, Kanton und Schulen Energieabnahmeverträge unterzeichnen. Die TKB zahlte dann am 13. Februar 2014 1 Mio. Franken und am 23. Juli 2014 1 Mio. Franken aus, dabei blieb es, weil die geforderten Bedingungen nicht erfüllt waren. Unser Bankenfachmann hat uns aufgeklärt, dass in Zeiten tiefer Zinsen alle Banken gute Business-Cases suchen, in die sie ihr Geld investieren können. Hat jemand ein gutes Case, holt er bei verschiedenen Banken Offerten ein und gewöhnlich überbieten sich die Banken mit guten Angeboten. Die Tatsache, dass in diesem Fall nur die TKB involviert war und nur unter Auflagen dem Geschäft zustimmte, zeigt klar, dass von Beginn weg grosse Vorbehalte vorhanden waren. Unter welchen Umständen die Kreditgewährung erfolgte, wäre ggf. sogar eine Angelegenheit für die FINMA. Auf jeden Fall konnte nicht genügend Geld aufgetrieben werden, das spricht in Zeiten tiefer Zinsen für sich. Die Mitglieder beider GPKs waren sich einig, dass der Gemeinderat und das Volk auch hier bewusst aus dem Geschäft herausgehalten wurden.

Punkt 1 zu wenig Aktienkapital, Punkt 2 zu wenig Liquidität. Lösung?

3. Stundung

In Ziffer 74 des Berichts ist zu lesen: „Da die Liquidität der Gesellschaft noch ungenügend war, wurde an der Verwaltungsratssitzung vom 21. Februar 2014 beschlossen, dass die Werkbetriebe Frauenfeld und das Stadtwerk Winterthur die Rechnungsstellung für die von ihnen erbrachten Leistungen bis zum Eingang der Anschlussgebühren des Kantons verschieben.“ Wer beschliesst hier was?

Der Verwaltungsrat der WFAG beschliesst etwas und die Werkbetriebe handeln entsprechend. Aufgrund eines Entscheids des VR der AG verzichten die Werkbetriebe Frauenfeld auf Millionen. Zu einem Zeitpunkt, als allen Beteiligten klar war, dass die AG in grober Schieflage ist und das Geld ggf. nicht zurückbezahlt werden kann. So mit Gebührengeldern von Frauenfelder Einwohnern umzugehen, ohne dafür eine rechtliche Grundlage zu haben, ist nicht tolerierbar. Das ist in den Augen der meisten GPK-Mitglieder als grobfahrlässig zu taxieren und überschreitet Gren-

zen. Dieser Aspekt wurde durchaus dramatisch beurteilt und von vielen als gravierend betitelt. Es herrscht Einigkeit, dass dieses Verhalten nicht tolerierbar ist. Hier zeigt sich besonders ausgeprägt, dass die im Bericht kritisierten Doppelrollen einiger Personen Fehlentscheide bewirkten.

4. Wirtschaftlichkeit

Wir anerkennen, dass die AG keinen einfachen Start ins Leben hatte und auch die weitere Finanzierung sich als schwierig erwies. Doch leider blieben das nicht die einzigen Schwachpunkte. Auch das Kerngeschäft lief nicht nach Wunsch, obwohl sich die Stadt Frauenfeld und der Kanton für die Abnahme der Energie verpflichteten, und zwar im ganzen Perimeter der Leitungen und für 30 Jahre. Im Fall der Stadt Frauenfeld entschied der Stadtrat am 19. Juni 2012, Werkhof, Werkbetriebe, Hallen- und Freibad, Sprudelbad und Casino anzuschliessen. In den beiden GPKs wurde dieser Entscheid hinterfragt. Der Stadtrat entschied sich für eine äusserst teure Energielösung. Die verursachten Mehrkosten durch diese teure Energie müssen eindeutig aufgerechnet werden und lassen keinen Zweifel offen, dass die Finanzkompetenz des Stadtrats insgesamt deutlich überschritten wurde. Allein die jährlich zu erwartenden Mehrkosten für die Heizenergie hätten wohl eine Botschaft und einen Entscheid des Gemeinderats erfordert. Die Mitglieder der GPKs waren sich einig, dass der hohe Preis bisher noch zu wenig Beachtung gefunden hat und uns in Zukunft noch beschäftigen muss. Trotz Kanton und Stadt als ersten grossen Kunden lief und läuft das Geschäft für die WFAG nicht nach Wunsch. Gemäss früheren Aussagen des Stadtrats und der WFAG war und ist dies auf die extrem niedrigen Preise für fossile Brennstoffe zurückzuführen. Auch der Bericht nennt die tiefen Energiepreise als Grund für den Misserfolg. Dieser Aspekt wurde von der Mehrheit der GPK-Mitglieder anders bewertet. Aus erster Hand sind Informationen von potenziellen Kunden vorhanden, die allein aufgrund der zu hohen Kosten auf andere alternative Heizsysteme wie Holz, Erdsonden oder Luft-Wasser-Wärmetauscher zurückgriffen. Zu markant tieferen Tarifen, wohlgemerkt. In der Sitzung wurde uns auch die Preisentwicklung der fossilen Brennstoffe über die letzten Jahre gezeigt. Von einem Preiszusammenbruch kann keine Rede sein. Für die WFAG bedeuten die ausbleibenden Anschlussverträge, dass die Rechnung nicht aufgeht und Verluste geschrieben werden. Trotz Misserfolg und Verlust blieb auch in diesem Aspekt eine adäquate Informationskultur aus. Viele Details wurden unter dem Deckmantel der Geheimhaltung verschwiegen, der Gemeinderat blieb im Dunkeln. Besonders schwer wiegt, dass der Stadtrat die Frage nach dem finanziellen Risiko für die Stadt zwei Mal hochhoffiziell nicht den Tatsachen entsprechend beantwortete.

1. Obwohl sich die Forderungen der Werkbetriebe Ende 2013 bereits auf 2,1 Mio. Franken summierten, bezifferte der Stadtrat in der Beantwortung der einfachen Anfrage Geiges am 25. Februar 2014 das maximale Risiko für die Stadt Frauenfeld nur mit dem anteilmässigen Eigenkapital von 300'000 Franken.
2. In der Botschaft an den Gemeinderat betreffend Bericht zur Wärme Frauenfeld AG vom 12. Mai 2015 ergänzte der Stadtrat das finanzielle Risiko nur um die Million aus dem Energiefonds. Nach wie vor kein Wort von den Millionen, mit denen die Werkbetriebe ohne genügende Rechtsgrundlage die WFAG vorfinanzierten. Kein Wort von den Stundungen und kein Wort von den massiven Finanzierungs- und Liquiditätsproblemen.

Ich fasse zusammen: Die GPK ist einstimmig der Meinung, dass der vorliegende Fall gravierend ist und sich auf keinen Fall wiederholen darf. Wir sind froh, dass keine Straftaten zum Vorschein gekommen sind und niemand sich persönlich zu bereichern versuchte.

Zum Schluss unserer gemeinsamen Sitzung wurde die Frage gestellt, wer vonseiten der Stadt die hauptsächlich initiiierende Person war. Vonseiten unseres Stadtpräsidenten kam die Auskunft,

dass der damalige Stadtmann die Person war, die dieses Geschäft verantwortete und vorantrieb. In der GPK-Sitzung wurde mit Bedauern festgestellt, dass in der Stellungnahme des Alt-Stadtmanns keine Einsicht auszumachen ist, dass die Gründung der AG die Finanz- und Handlungskompetenzen des Stadtrats überschritten haben. Verantwortung tragen aber in den Augen der GPK-Mitglieder auch der Gesamtstadtrat und die Werkbetriebe. Bezüglich der Werkbetriebe wurde die Meinung vertreten, dass die jahrelange erfolgreiche Tätigkeit beim Gemeinderat zu einer Art blindem Vertrauen geführt hat. Dem gegenüber wurde bei den Werkbetrieben eine freiheitliche Kultur festgestellt. Das Vertrauen hat nun arg gelitten und muss wieder aufgebaut werden. In den beiden GPKs war man sich einig, dass nun trag- und zukunftsfähige Lösungen erarbeitet werden müssen und der Gemeinderat transparent informiert werden muss. Die im Bericht vorgeschlagenen Verbesserungsmassnahmen sind gut. Die beiden GPKs haben einstimmig vom Stadtrat gefordert, diese Massnahmen aktiv und mit Nachdruck zu verfolgen. Wir fordern, dass Mitte und Ende 2017 jeweils ein Statusbericht zuhanden des Gemeinderats über den Stand der Umsetzung erfolgt. Die GPKs verzichten für den Moment darauf, die Durchleitungsgebühren zu thematisieren. Wo die GPKs ggf. einen Handlungsbedarf ausmachen, ist bei den Kompetenzregelungen von stadträtlichen Kommissionen wie der Energiekommission. In diesem Sinn gebe ich den Ball zurück an den Stadtrat mit der Aufforderung, uns transparent über die weiteren Entwicklungen zu informieren und das angeschlagene Vertrauen wieder aufzubauen. Die beiden GPKs nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: In Ergänzung zum ausführlichen Votum des GPK-Sprechers möchte ich einige zentrale Aussagen aus dem Kreis unserer Fraktion der Grünen, Grünliberalen und Chrapfer und Hirner mit Ihnen teilen.

Der vorliegende Bericht ist, auch wenn das einzelne noch immer nicht wahrhaben wollen, unmissverständlich. Die Gutachter haben eine sehr gründliche Arbeit geliefert, ihre Beurteilung ist abgestützt auf die einschlägige juristische Literatur und die Rechtsprechung des Bundesgerichts. Es geht nicht darum, diesen Bericht als eine Einzelmeinung abzutun, ich denke, es ist im Interesse aller und im Interesse einer seriösen Aufarbeitung dieser Geschichte, wenn wir diesen Bericht ernstnehmen.

Die Befürchtungen der Gemeinderäte Geiges und Hausammann haben sich mehr als deutlich bestätigt. Den Gemeinderäten Geiges und Hausammann gebührt unser aufrichtiger Dank; ihre Hartnäckigkeit ist wahrer Dienst am Volk. Herzlichen Dank für euren Einsatz!

Der Stadtrat hat mit seinem Vorgehen die Rechte von Volk und Parlament missachtet. Oder anders ausgedrückt: Gemeinderat und Volk wurden systematisch hintergangen. Das betrifft 1. die Frage der Übernahme einer neuen gesetzlich nicht verankerten Aufgabe, in diesem Fall Wärmeversorgung im grossen Stil, es betrifft 2. die Frage der Übertragung dieser Aufgaben an ein privatrechtliches Unternehmen und es betrifft 3. die Frage der Finanzkompetenzen, die in der Summe massiv überschritten wurden. Jede Chance, rechtzeitig oder wenigstens knapp zu spät reinen Tisch zu machen und das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit und den gegenseitigen Respekt wieder herzustellen, wurde versäumt. Das Aktienkapital wurde von Beginn an zu tief angesetzt, die Risiken, die aus der eigenmächtigen und eben zu dünnen Grundfinanzierung erwachsen, wurden auf mehrfache Nachfrage hin aktiv heruntergespielt. Dieses Vorgehen des Stadtrats – es geht wieder um den eingeschlagenen, in diesem Fall falschen Weg, mit immer neuen Verrenkungen doch noch weiterzugehen – ist menschlich verständlich. Politisch und staatsrechtlich ist es inakzeptabel.

Der vorliegende Bericht gibt Hinweise darauf, aus welchen Zutaten diese fatale Dynamik entstehen konnte. Einerseits die Idee, den Werkbetrieben ein neues Geschäftsfeld zu eröffnen, dann als treibende Kraft hinter dieser Idee allem Anschein nach der damals für die Werkbetriebe zuständige Stadtammann, dann die fehlende Bereitschaft, eine politische Diskussion zu diesem Vorhaben zu führen, Ämterkumulationen und ein Gesamtstadtrat, der im Informationsrückstand war und die Brisanz des Geschäfts noch bis zum vergangenen Frühling nicht erkannte.

In diesem Zusammenhang müssen wir uns überlegen, wie die Rolle des Stadtrats als internes Kontrollorgan gestärkt werden kann. Die im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen sind ein erster Schritt dazu, sie sind forsch umzusetzen. Ausserdem müssen wir uns Gedanken machen über die Werkbetriebe. Geht es wirklich darum, neue Geschäftsfelder zu erschliessen, den Umsatz zu halten oder zu vergrössern und so weiter? Oder geht es bei den Werkbetrieben nicht eher darum, die Stadt ganz einfach sicher und nachhaltig mit Energie und Wasser zu versorgen? Wie auch immer – in Zukunft erwarten wir auch von den Mitarbeitern der Werkbetriebe, insbesondere dem Kader der Werkbetriebe mehr politisches Gespür. Ein grosses Fragezeichen betrifft ausserdem die Rolle der Werkbetriebe als eine Art Generalunternehmer. Wir haben es gehört und gelesen, wie die Werkbetriebe diesen Wärmering gebaut und vorfinanziert haben. Da fragen wir uns schon, auf welcher gesetzlichen Grundlage führt sie derartige Bauvorhaben aus? Und dass die Werkbetriebe am Schluss für ihre Arbeit nicht einmal bezahlt wurden, ist nur noch die schlechte Pointe in dieser Geschichte.

Wenn es im kommenden Jahr um die Rettung des Wärmerings geht, brauchen wir ein Konstrukt, das die alten Fehler vermeidet. Unsere Fraktion möchte keine AG mehr. Der vorliegende Bericht zeigt fast wie in einem Roman, wie die Aktiengesellschaft in diesem parastaatlichen Bereich zum Nährboden einer geheimniskrämerischen, intransparenten und letztlich auch wirtschaftlich untragbaren Entwicklung wurde. Darauf möchten wir uns nicht mehr einlassen. Falls irgendjemand in einem späteren Votum sagen möchte, wir seien prinzipiell gegen AGs usw., das ist natürlich Unsinn. Ich habe hier schon einmal dargelegt, die AG ist ein sehr gutes Modell, eine gute Sache. Es ist nur die Frage, was wir wo und wann machen. Gemeinsam mit den beteiligten Partnern ist das betriebswirtschaftliche Modell zu überprüfen. Ein künftiger Wärmering macht nur Sinn, wenn er in Bezug auf Angebot und ökologischen Mehrwert mit anderen erneuerbaren Energien konkurrenzfähig ist. Falls wir zum Schluss kommen, dass die Fernwärme subventioniert werden soll, muss das analog anderer erneuerbarer Energien auch transparent gemacht werden. Mit versteckten Subventionen wie bisher – ich erinnere die A-fonds-perdu-Zahlungen, günstige Kredite, Stundungen, die hohen Energiepreise usw. – tut man der ökologischen Sache einen Bärendienst.

Es freut uns, dass der Stadtrat unter dem neuen Stadtpräsidenten erstmals Fehler eingesteht und in den letzten Monaten immer aktiver für Transparenz sorgt. Wir bedauern umgekehrt, dass der ehemalige Stadtammann nicht zu diesem Schritt bereit ist. Wir interpretieren die jüngsten Beiträge des Stadtrats als eine Art Morgengrauen einer neuen Fehlerkultur, als Wiegelied eines transparenten und besseren Politikverständnisses. Möge uns auf diesem Boden, falls überhaupt noch sinnvoll, die Sanierung des Wärmerings gelingen.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Der uns vorliegende Untersuchungsbericht hat bestätigt, dass rund um die Wärme Frauenfeld AG vieles nicht so gelaufen ist, wie es sein sollte. Das Vorgehen wirft auf unternehmerischer Seite Fragen auf wie zum Beispiel das geringe Eigenkapital. Darüber könnte man sicher diskutieren, unserer Meinung nach sind diese Fragen für den Rat jedoch wenig zielführend, sodass wir uns primär auf die politische Dimension der Ereignisse fokussieren

möchten. Auch geht es uns nicht darum, Schuldige zu finden, sondern darum, genau hinzuschauen und geeignete Massnahmen in die Wege zu leiten, um Ähnliches in Zukunft zu verhindern.

Als zentraler Punkt entsteht bei uns klar der Eindruck, dass seitens Stadtrat und Werkbetriebe konsequent versucht wurde, das Geschäft um die Wärme Frauenfeld AG an Gemeinderat und Volk vorbeizuschleusen und dass dabei auch bewusst Informationen zurückgehalten wurden. Der zu vermeidende politische Flurschaden wurde dadurch erst ausgelöst und hat das Vertrauen in den Stadtrat nachhaltig erschüttert. Wesentlich dazu beigetragen hat sicher auch die Tatsache der problematischen Doppelmandate der beteiligten Personen, was eine notwendige kritische Distanz verhindert hat.

Den Fokus möchten wir legen auf die abzuleitenden Massnahmen, wobei mit dem Reglement zur Übertragung von Aufgaben bereits ein erster Schritt in die richtige Richtung erfolgte. Als weitere Anliegen sieht unsere Fraktion folgende Punkte als zentral an:

1. Public Corporate Governance: Der Rückzug des Stadtrats aus der Wärme Frauenfeld AG ist ein richtiger Schritt. Es stellt sich für uns aber die Frage, wie in Zukunft mit diesem Thema umgegangen wird. Hierzu wünschen wir uns ein verbindliches Reglement.
2. Entflechtung ist gut, aber Transparenz ist notwendig. Wie soll die Stadt in Zukunft genügend Einblick in übertragene Aufgaben und vor allem in die Aktiengesellschaften haben? Die im Bericht vorgeschlagene Berichterstattungspflicht begrüssen wir sehr, sie geht unserer Fraktion aber zu wenig weit. Vielmehr wünschen wir uns auch eine jährliche Berichterstattung an den Gemeinderat, mindestens mit einer Liste aller städtischen Beteiligungen inkl. der bereits laufenden. Wie gedenkt der Stadtrat, dies in Zukunft zu handhaben? Zu diesem Punkt der Transparenz kommt von unserer Seite her noch die Anmerkung, dass wir diese Transparenz auch von den Werkbetrieben der Stadt erwarten, die eine nicht unwesentliche Rolle in dieser Affäre gespielt haben.

Zusammenfassend: Was unternimmt der Stadtrat, um den durch die Wärme Frauenfeld AG ausgelösten politischen Flurschaden wieder gutzumachen? Wir schliessen uns dem Wunsch der GPK nach einer Mitteilung des Stadtrats über den Stand der Verbesserungsmassnahmen zuhanden des Gemeinderats an. Abschliessend sind wir gespannt auf den vom Stadtrat in Auftrag gegebenen Untersuchungsbericht zur Zukunft der Wärme Frauenfeld AG. Wir würden uns allerdings wünschen, dass solche Diskussionen in Zukunft im Gemeinderat geführt werden und nicht über die Medien.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Wir danken dem Stadtrat für den Untersuchungsbericht. Der Bericht bestätigt in allen wesentlichen Punkten unsere Befürchtungen, die wir bereits im August 2014 mit der Motion „Bericht zur Wärme Frauenfeld AG“ hatten. Wäre der Stadtrat damals auf unsere Argumente eingegangen, hätten wir uns den Aufwand für diesen Bericht sparen können. So haben wir in dieser Sache ein Jahr verloren. Es nützt auch nichts, wenn ich feststelle, dass ich als einfacher Gemeinderat und Unternehmer schon damals Recht hatte.

Die Wärme Frauenfeld AG war rein unternehmerisch von Anfang an schlecht aufgestellt. Von Anfang an wurde vor allem die Liquidität falsch eingeschätzt. Als Unternehmer weiss ich, dass eine mangelhafte Liquidität zu Konkurs führen kann, auch wenn es sonst einem Unternehmen noch gut geht. Wenn man Rechnungen nicht mehr bezahlen kann, wenn Betreibungen ange-

droht werden, wird es gefährlich. Bei den Verantwortlichen hätten spätestens, als die Banken nicht mehr mitmachen wollten, die Alarmglocken läuten müssen. Stattdessen bezahlte man die offenen Rechnungen aus Gewinnen der Werkbetriebe. Heute wissen wir, dass das verboten war. Kommen wir zurück zum Untersuchungsbericht. Eine positive Auswirkung des Berichts ist, dass sich der Stadtrat in der Zwischenzeit für seine Fehleinschätzung entschuldigt hat. Positiv ist auch, dass der Stadtrat in der Zwischenzeit auch hinter dem neuen Reglement über die Übertragung von Aufgaben steht. Und positiv ist schliesslich auch, dass der Stadtrat versucht, Problemfelder aus dem Bericht aktiv zu bewirtschaften. Auch die CVP/EVP-Fraktion wird den Stadtrat bei der Umsetzung unterstützen und hofft, dass es dem Stadtrat bei dieser Umsetzung weiterhin ernst ist. Alles andere zum Bericht wurde bereits von meinen Vorrednern gesagt und ausführlich vom GPK-Sprecher Gemeinderat Hodel.

Was die Zukunft betrifft, vertreten wir von der CVP/EVP-Fraktion die Meinung der gemeinsamen Fraktionserklärung, die Sie von Gemeinderat Heinrich Christ gehört haben. Dahinter stehen wir voll und ganz.

Der Stadtrat hat heute viel Tadel erhalten. Was aber lernen wir Gemeinderäte aus dieser Geschichte? Denn auch wir haben seit der Gründung von 2012 bis jetzt gebraucht, um unsere Forderungen wirksam durchzusetzen. Oder anders gesagt: Wir haben sehr viel Zeit verplempert, unserer Aufsichtspflicht nachzukommen. Was ist unsere bzw. Ihre Lehre aus dem Geschäft? Die Fernwärme als erneuerbare Energie zu hinterfragen, ist nicht wirklich populär. Sind wir bereit dazu, in Zukunft solche Themen zu hinterfragen? Haben wir den Mut? Sind wir bereit dazu, solche Geschäfte in unseren Fraktionen, auch wenn es unsere eigenen Stadträtinnen oder Stadträte sind, zu hinterfragen? Werden wir bei solchen Diskussionen auch so lange hartnäckig bleiben, bis wir die Antwort haben, die wir brauchen? Das sind Gedanken, die wir uns als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte von Frauenfeld machen müssen. Und ich glaube, heute muss sich jeder die Antwort selber geben. Sie können sich dazu die Protokolle hervorholen, die Sie im Extranet finden. Ich kann sagen, und da bin ich stolz auf unseren Gemeinderat, wir haben einen kleinen Anfang gemacht, wir haben in der Begleitgruppe Frauenfeld 2030, welche diese Woche getagt hat, von mehreren Mitgliedern nicht einfach ein Ja gehört. Mehrere Mitglieder aus verschiedenen Fraktionen und verschiedenen Parteien wollten mehr Informationen und mehr Zusammenhänge. Ich glaube, das ist ein erster Anfang und ich gratuliere Ihnen allen, dass wir auch als Gemeinderat unsere Lehre daraus ziehen.

Wir von der CVP/EVP-Fraktion freuen uns auf eine erfolgreiche Zukunft der Wasserwärme Frauenfeld und nehmen so den Bericht zur Kenntnis.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Verhalten des gesamten Stadtrats: Unsere Fraktion ist der Ansicht, dass der Gesamtstadtrat die gegenseitige Aufsichtspflicht nicht wahrgenommen hat. Dies ist für uns nicht zu akzeptieren. Es gibt einem das Gefühl, dass jeder dem anderen nicht auf die Schuhe stehen möchte. Wir sind enttäuscht, dass uns in der Beantwortung der einfachen Anfrage von Stefan Geiges Anfang 2014 nicht klarer Wein eingeschenkt wurde. Oder direkt gesagt: Wir wurden angelogen. Denn schon im Jahr 2013 sah sich die WFAG mit finanziellen Problemen konfrontiert. Der Gemeinderat wurde aber erst Ende 2015 genau ins Bild gesetzt. Wissen tun wir heute auch noch nicht alles. Man hat den Gemeinderat und das Volk absichtlich nicht eingebunden. Der Gesamtstadtrat hat bis heute noch nicht begriffen, wie ernst die Lage ist. Dies zeigt sich auch daraus, dass nicht alle Stadträte beim Besprechen des Berichts anwesend waren. In der Privatwirtschaft würde dies nicht goutiert.

Aktiengesellschaft? Die AG war für alle im Sumpf Beteiligten ein sehr gutes Schutzschild. Weil es eine AG ist, darf man nicht über alles Auskunft geben. Geheimhaltungspflicht, da es noch andere Partner gibt. Diese sollten nicht vor den Kopf gestossen werden. Aber die Stadt Frauenfeld hat am meisten Geld in diese AG gesteckt, ohne dass es für den Gemeinderat überhaupt direkt ersichtlich war.

Alt-Stadtammann Carlo Parolari: Er war Stadtammann, Chef der Werkbetriebe, Verwaltungsratspräsident der WFAG, er hatte drei verschiedene Hüte an. Es stört uns sehr, dass er sich keiner Fehler in dieser Geschichte bewusst ist. Er ist der Vater dieses Unglücks, dies schleckt keine Geiss weg. Die Stadtratskollegen vertrauten ihm auch als Juristen in dieser Sache blind. Aber er war nicht der einzige Jurist im Stadtrat. Wie kann man sich keiner Fehler bewusst sein, wenn man die stadträtlichen Finanzkompetenzen auf den letzten Rappen ausreizt, sich am Energiefonds mit einer halben Million bedient, bei den Werkbetrieben die Rechnungen der WFAG offenstehen lässt und dies mit Gebührengeldern? Er soll das der Frauenfelder Stimmbevölkerung mal verkaufen, damit wurden ja gesamthaft Investitionen von über 15 Mio. Franken verursacht. Auch die Departementsumteilung im Jahr 2015 hat für uns einen grossen Beigeschmack. Der Alt-Stadtammann hat in jeglicher Hinsicht gerochen, dass der Braten nicht gut kommt. Man hat das Problem auf andere Personen umgeschaufelt. Beim Energiefonds kommt hinzu, dass der Stadtrat die zuständige Kommission selber bestimmen kann. Er kann ja so seine Leute ins Boot holen, die ihm angenehm sind. Der Gemeinderat hat über dieses Gremium auch keinen Einfluss. Die Mitglieder dieser Kommission sollten sich auch Gedanken machen, ob sie sich mit dieser Technologie genügend auseinandergesetzt haben und ob sie in Zukunft in dieser Kommission noch am richtigen Ort sind. Der jetzige Stadtrat kann dies nun ändern.

Im Bericht gibt es viele gute Vorschläge, die der Stadtrat von sich aus umsetzen kann. Die Frage ist nur, ob er dies möchte. Er wäre aber nur sehr gut beraten, wenn er nicht mehr lange zögern würde, dies zu vollziehen. Unter anderem sich über seine Finanzkompetenzen Gedanken machen. Die liegen bei 300'000 Franken, bei der Partnerstadt Winterthur bei 200'000 Franken und die Stadt Winterthur hat vier Mal mehr Einwohner als Frauenfeld. Ob der Gemeinderat alle Fachkommissionen mit selbstständiger Entscheidungsbefugnis wählen soll? Auch solche, die Reglemente oder Verordnungen ausarbeiten. Das wäre auch ein Schutz für die Stadträte.

Energie Gold-Stadt Label: Der Stadtrat hat einen mächtigen Stolz auf das Energie-Gold-Label. Das Label war im Budget zum Teil mit 10'000 Franken budgetiert. Es stellt sich auch die Frage, wie viele Punkte die WFAG zum Erringen dieses Labels brachte. Wenn dies relevant ist, reichen 10'000 Franken nirgends hin. Und der überhöhte Energiepreis ist auch nicht erwähnt. Zu diesem komme ich später.

Die Thurgauer Kantonalbank gibt für einem auf sehr wackligen Beinen stehenden Businessplan Geld. Ein Privater hätte damit nach fünf Minuten wieder gehen können und sich noch bei den Sitzungsteilnehmern entschuldigen müssen, weil er nur ihre Zeit versäumt hat. Die TKB hat auch ihre Aufgabe als Finanzfachmänner nicht wahrgenommen. Für dies sollten sie eigentlich der WFAG entgegenkommen.

Kanton: Dieser möchte um jeden Preis auf erneuerbare Energie setzen, obwohl es die Thurgauer Steuerzahler um einiges teurer kommt als mit anderen alternativen Energien. Koste was es wolle, egal ob es für ein Gebäude aus energietechnischer Sicht sinnvoll ist. Der Regierungsrat hat dies auch nicht gründlich geprüft.

Die Geheimhaltung muss per sofort aufgehoben werden. Für die AG sehen wir keine Zukunft. Der Konkurs ist für uns eine mögliche Variante. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Der Wärmepreis muss konkurrenzfähig gegenüber alternativen Energien sein. Der Stadtrat soll sich über seine Kompetenzen Gedanken machen und für die volle Transparenz sorgen, nicht nur bei der WFAG.

Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Fraktion hat den Untersuchungsbericht mit Interesse gelesen und erachtet ihn als sehr aussagekräftig und vor allem auch sinnvoll, um die Geschichte der Wärme Frauenfeld AG aufzuarbeiten. Es geht zum jetzigen Zeitpunkt um die Kenntnisnahme des Untersuchungsberichts und dementsprechend um eine Würdigung der Ereignisse in der Vergangenheit. Die Fraktion FDP verzichtet daher bewusst auf Aussagen über die Zukunft des Frauenfelder Wärmerings an dieser Stelle. Es ist die Aufgabe des Stadtrats und der übrigen verantwortlichen Personen, eine Strategie für die Zukunft auszuarbeiten und diese unserem Rat vorzulegen.

Der vorliegende Bericht beinhaltet sowohl eine rechtliche als auch eine politische Ebene. Auf der rechtlichen Ebene wird klar festgehalten, dass nicht von einem strafrechtlich relevanten Verhalten der Beteiligten auszugehen ist. Dem gegenüber kommt der Bericht aber zum Schluss, dass auf der politischen Ebene verschiedene Fehler gemacht wurden, die im Nachhinein auch klar erkennbar sind. Das Grundproblem lag nach unserer Sicht darin, dass die Finanzierung dieses Projekts gar nicht zustande kam. Trotzdem wurde mit dem Bau begonnen und bereits nach kurzer Zeit wurden die finanziellen Probleme offensichtlich. Die Verantwortlichen probierten laufend, die Finanzierung noch zu regeln, was aber immer schwieriger wurde. Obwohl der Stadtrat damals davon ausging, dass das Projekt nur umgesetzt werden kann, wenn sofort Nägel mit Köpfen gemacht werden, hätte er dieses erst mit einer sichergestellten Finanzierung starten dürfen. Als sich die finanziellen Probleme dann zeigten, wäre es nötig gewesen, den Gemeinderat und allenfalls auch die Öffentlichkeit umfassend über die Situation zu informieren, was leider nicht passierte. Wie auch er selber sind wir klar der Ansicht, dass der Stadtrat für dieses Geschäft und deren Umsetzung verantwortlich war und immer noch ist. Diese Verantwortung sehen wir genauso klar beim gesamten Stadtrat und nicht etwa nur bei den involvierten Departementsvorstehern. Obwohl auch der Untersuchungsbericht nicht abschliessend Klarheit darüber schaffen konnte, wann der Gesamtstadtrat über welche Informationen verfügte, so ist unter der Randziffer 58 zu lesen, dass der Stadtrat am 7. Januar 2014 unter Ausstand von Carlo Parolari und Ruedi Huber einem Darlehen und einem A-fonds-perdu-Beitrag von je 500'000 Franken aus dem Energiefonds zustimmte. Wenn der Gesamtstadtrat nicht über ausreichende Informationen zu diesem Geschäft verfügt hätte, hätte er dem sicher auch nicht zugestimmt. Zudem wird unter der Randziffer 56 klar festgehalten, dass angenommen werden darf, dass aufgrund eines E-Mails an den Gesamtstadtrat vom 9. Dezember 2013 der Gesamtstadtrat auch von den Bemühungen um die Suche nach Kapitalgebern Kenntnis hatte. Daraus schliessen wir, dass der Gesamtstadtrat frühzeitig über die aktuelle Situation des Wärmeringprojekts informiert war und es trotzdem weiterführen wollte. Aus unserer Sicht trägt auch der Stadtrat die Verantwortung, weil die Werkbetriebe und die Mitarbeiter der Werkbetriebe für diese Probleme nicht verantwortlich gemacht werden dürfen. Unter der Randziffer 23 ist zu lesen, dass die Werkbetriebe nach der Analyse der Machbarkeitsstudie in einem Positionspapier zum Schluss kamen, dass ein Fernwärmeverbund nur realisierbar sei, wenn der Kanton, die Stadt und weitere grössere Verbraucher bindende Energieabnahmeverträge abschliessen und für die übrigen Gebiete eine Anschlusspflicht bestehen würde. Unter der Randziffer 24 ist zudem festgehalten, dass die Werkbetriebe von einer Notwendigkeit einer Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von maximal Franken 2 Mio. ausgingen. Somit wurde mit der Umsetzung des Projekts begonnen, obwohl zwei aus Sicht der Werkbetriebe entscheidende Kriterien nicht erfüllt waren. Weil alle Mitarbeiter der

Werkbetriebe dem Stadtrat unterstellt sind, ist es aus unserer Sicht nachvollziehbar, dass diese ihren Vorgesetzten nicht in den Rücken fallen wollten und sich loyal verhielten. Aufgrund der Tatsache, dass der Bericht keine Verletzung von geltendem Recht festgestellt hat, sehen wir auch keinen Anlass, personelle Konsequenzen zu fordern.

Die im Bericht in Abschnitt B erläuterten Interessenskonflikte erachten wir ebenfalls als problematisch. Es ist nachvollziehbar, dass die strikte Trennung der unternehmerischen und politischen Funktionen äusserst schwierig ist und eine Vermischung dieser beiden Rollen nur schwer verhindert werden kann. Dieser Umstand begünstigte auch die Finanzierungsprobleme des Wärmerrings, weil offensichtlich davon ausgegangen wurde, dass eine private Unternehmung sich auf vergleichbare Weise wie die öffentliche Hand sehr einfach und zu ausserordentlich günstigen Konditionen Geld beschaffen könne. Dass das ein folgenschwerer Trugschluss war, zeigte sich bei diesem Geschäft auch ziemlich rasch. Die Fraktion FDP ist sich bewusst, dass die Ausübung von Führungsfunktionen durch Regierungsmitglieder in privaten, aber vom Gemeinwesen beherrschten Unternehmungen durchaus Sinn machen könnten, dass dabei die Risiken durch allfällige Interessenskonflikte aber sehr genau erfasst und vor allem sehr stark gewichtet werden müssen.

Zusammenfassend kommt die Fraktion FDP zum Schluss, dass sich der Stadtrat durch den vorhandenen Zeitdruck zu einem vorschnellen Handeln verleiten liess. Das Projekt wurde gestartet, obwohl die Finanzierung nicht sichergestellt war und auch nicht genügend verbindliche Anschlussverträge vorlagen. Die bereits erwähnten Interessenkonflikte aufgrund der ausgeübten Doppelmandate sind deutlich und es hätten keine Vertreter der Stadt im Verwaltungsrat der Wärme Frauenfeld AG Einsitz nehmen dürfen. Der Untersuchungsbericht ist vor allem chronologisch sehr gut aufgearbeitet und stellt daher eine gute Grundlage für die Aufarbeitung der Geschichte dieses Projekts dar. Die rechtliche Würdigung im Bericht ist für Nichtjuristen, wie das die Mitglieder der Fraktion FDP sind, durchaus interessant. So wird zum Beispiel unter der Randziffer 100 festgehalten, dass weder das Gemeindegesetz des Kantons Thurgau noch die Gemeindeordnung der Stadt Frauenfeld eine Regelung enthält und dass per Gesetz alle nicht geregelten Geschäfte in die Zuständigkeit des Stadtrats fallen. Bereits unter der Randziffer 101 wird dann aber geschlussfolgert, dass es sich um eine grundlegende Frage handelte und diese dem Gemeinderat hätte vorgelegt werden müssen. Was nun eine grundlegende Frage ist, kann sicher diskutiert werden, aber für die Fraktion FDP ist die rechtliche Würdigung nicht durchgehend plausibel und diese kann aus unserer Sicht hinterfragt werden.

Die vom Stadtrat angekündeten Verbesserungsmassnahmen, welche als Reaktion auf den Untersuchungsbericht getroffen werden sollen, begrüsst die Fraktion FDP und nimmt den Untersuchungsbericht damit zur Kenntnis.

Gemeinderat Robert Zahnd (SVP): Der Stadtrat übernimmt die Verantwortung, der Bürger bezahlt. Ich möchte noch ein persönliches Votum abgeben. Ich will nicht wiederholen, was alles krumm gelaufen ist, ich will aber bekanntgeben, was mich am meisten stört, nachdem ich den Bericht gelesen habe.

Es stört mich, dass unser Alt-Stadtammann Carlo Parolari nicht einsichtig ist und immer noch das Gefühl hat, der Entscheid, den lästigen Gemeinderat und das Volk zu umschiffen, sei richtig gewesen. Es stört mich weiter, dass man sich mit der billigen Entschuldigung, man hätte unter Zeitdruck entscheiden müssen, freikaufen will. Es stimmt zwar, dass im Regierungsviertel eine böse Holzschneitzelheizung zur Debatte stand und das Huber-Areal die Entscheidung für eine neue Heizung vorantrieb. Wenn aber ein Projekt von solchem Ausmass noch nicht reif ist, darf

man noch nicht damit beginnen. Es stört mich weiter, dass es bei einem so grossen Geschäft keine Stadtratsprotokolle geben soll, in denen die verschiedenen Zwischenschritte und Entscheidungen nachvollzogen werden können. Das hinterlässt mindestens bei mir einen fahlen Nachgeschmack. Auch stört mich, dass man die Finanzprobleme, die seit 2013 bekannt waren, so lange verschwiegen hat. Dass die TKB zu wenig recherchiert hat, wurde schon gesagt, bei einem privaten Unternehmen wäre sie bei einem solchen Businessplan sicher nicht eingestiegen. Dieses an und für sich gute Projekt wird nicht einfach zu retten sein. Ich hoffe, dass der Stadtrat für jede Rechtsform offen ist und uns über alle Vor- und Nachteile offen orientiert. Auch die Zusammenarbeit mit Winterthur ist zu hinterfragen. Ich weiss, dass die Stundung nicht ewig verlängert werden kann. Die Zeit für eine gründliche Abwägung aller Möglichkeiten muss sich der Stadtrat aber nehmen. Ob eine Botschaft an den Gemeinderat im Januar oder erst im März kommt, spielt für mich keine Rolle.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH): Gestatten Sie mir als Mitmotionär am Anfang dieser Sache ein paar wenige Bemerkungen. Da, ich habe sie ausgegraben, die erste gemeinsame Medienmitteilung von Kollege Stefan Geiges und mir Mitte August 2014 betitelt „Wärme Frauenfeld AG: Gemeinderat und Volk sind übergangen worden“. Dass dem so ist, steht mittlerweile aufgrund des vom Stadtrat in Auftrag gegebenen Untersuchungsberichts eindeutig fest. Meine Vorredner, insbesondere GPK-Sprecher Michael Hodel und die Fraktionssprecher Andreas Elliker, Heinrich Christ, Stefan Geiges und Sprecherin Félicie Haueter haben die Ereignisse dieses von zwei ausgewiesenen Experten erarbeiteten Berichts sehr schön aufgezeigt. Dazu muss ich nichts mehr sagen und es erlaubt mir, mich auf den grundlegenden Aspekt zu beschränken.

Aus dem zitierten Titel unserer ersten Medienmitteilung sieht man, worum es uns beiden von Anfang an ging. Um die Wahrung und Respektierung der demokratischen Rechte von Volk und Gemeinderat. Die Regeln, in welchen Fällen der Stadtrat, der Gemeinderat oder die Stimmbürger für die Behandlung eines Geschäfts zuständig sind, sind das A und O der lokalen Demokratie, wie wir sie in Frauenfeld kennen und schätzen. Wir vertrauen ganz selbstverständlich darauf, dass diese Regeln in der politischen Praxis eingehalten werden. Im Zusammenhang mit den Vorkommnissen rund um die Wärme Frauenfeld AG ist dieses Vertrauen nun einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt worden. Die Respektierung der demokratischen Rechte von Parlament und Volk mag/kann für unsere Stadtregierung manchmal mühsam sein, weil sie zu Verzögerungen führt, weil sie Überzeugungsarbeit verlangt und weil ein Projekt am Nein des Parlaments oder des Volks scheitern kann. Wenn der Stadtrat von einem Projekt wie der WFAG überzeugt ist, muss er jedoch auch bereit sein, in der politischen Arena dafür zu kämpfen. Wer das Projekt unter Verletzung der Zuständigkeitsordnung im Alleingang ohne Parlament und Volk durchzieht, schadet der Demokratie und untergräbt das Vertrauen in die städtische Politik. Wenn man dann noch wie Alt-Stadtammann Parolari den möglichen Einbezug des Parlaments als politischen Flurschaden bezeichnet, hilft das natürlich nicht unbedingt weiter. Der politische Flurschaden ist mittlerweile unter ganz anderen Vorzeichen angerichtet und es braucht nun erhebliche Anstrengungen, um das Vertrauen wieder zurückzugewinnen, zumal Stadtrat und Chefbeamte den Gemeinderat wiederholt ziemlich unverfroren, um es mal so zu sagen, getäuscht haben. Dafür steht nun der Stadtrat in einer Bringschuld. Ich betone, der Stadtrat. Auch meines Erachtens kann kein Stadtrat und keine Stadträtin mit Verweis auf den federführenden Alt-Stadtammann sich aus der Verantwortung nehmen. Davon ausgenommen ist nur Stadtpräsident Stokholm, das muss man fairerweise auch einmal sagen, er kam erst, als der Schlamassel schon angerichtet war.

Erste Schritte hat der Stadtrat gemacht. Er hat sich entschuldigt und will die von den Experten vorgeschlagenen Massnahmen umsetzen. Dazu möchte ich folgende Überlegungen mit auf den Weg geben:

1. Es braucht wohl eine Änderung der Denkweise, der Mentalität, vielleicht sogar einen kleinen Kulturwandel. Der Einbezug des Gemeinderats und des Volks ist kein politischer Flurschaden, im Gegenteil: Das ermöglicht die Prüfung des Geschäfts aus einer anderen Warte, eine breitere Abstützung und eine Teilung der Verantwortung. Natürlich besteht das Risiko, dass Gemeinderat oder Volk einmal Nein sagen. Das ist dann zwar enttäuschend, aber das gehört zur Politik. Wer die Hitze nicht verträgt, der wird ja auch nicht Koch.
2. Stadtrats- und verwaltungsintern sollte nicht nur die Qualität im Auge behalten werden. Das ist selbstverständlich und das ist vorausgesetzt. Die Chefbeamten und die Stabstelle des Stadtrats sollten ermuntert werden, auch die für staatliches Handeln grundsätzlichen Fragen, wie wir sie hier intensiv und in einer guten Atmosphäre ausführlich diskutieren, stellen und auch beantworten und sich auch einmal kritisch gegenüber den politischen Verantwortlichen aussetzen. Natürlich nicht beim Daily-Business, sondern bei grösseren Kisten und bei speziellen Vorlagen. Das gilt natürlich auch für die Stadträte selber. Und auch wichtig: Wenn man die dafür notwendigen Ressourcen nicht hat, muss man sie eben beschaffen.
3. Stichwort Fehlerkultur: Wo gearbeitet wird, passieren selbstverständlich auch Fehler. Aus Fehlern kann man lernen. Voraussetzung ist, dass man Fehler zugibt und Voraussetzung dafür ist Kritikfähigkeit und ein Klima, das Kritik zulässt. Ich habe das Gefühl, dass hier in der Stadt Frauenfeld das Potenzial noch nicht ausgeschöpft ist.

Zum Schluss noch ein Dank an meinen Mitmotionär Kollege Stefan Geiges. Wir haben uns sehr gut ergänzt und, das darf man auch sagen, gegenseitig unterstützt, wenn die Wellen mal höher schlagen. Das gab es auch. Für mich eine bereichernde Zusammenarbeit. Das wird bleiben, auch wenn wir uns bei anderer Gelegenheit wohl wieder mal lustvoll streiten werden. Und ganz zum Schluss: Wir bleiben dran. Darauf können Sie sich verlassen.

Gemeinderat Michael Lerch (FDP): Was für eine Regierung wollen wir, Verwalter oder Macher? Ich bin klar der Meinung Macher. Ich bin auch der Meinung, dass der Stadtrat in den letzten Jahren/Jahrzehnten diese Qualität hatte. Ich bin mir aber für die Zukunft nicht ganz sicher, ob es so weitergeht. Das Misstrauen, welches viele Gemeinderäte dem Stadtrat und der Verwaltung in den letzten Monaten und Jahren entgegengebracht haben, war sicherlich manchmal gerechtfertigt. Wenn Misstrauen geäussert wird, geht es oft um die Art und Weise. Ich habe die Befürchtung, dass wir in einer Entwicklung stecken, in der sich der Stadtrat und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung vor Fehlern zu stark fürchten. Konsequenz könnte sein, dass sich der Stadtrat zu einem Verwaltungsgremium entwickeln könnte, denn so wird kaum etwas falsch gemacht. Zuerst alle möglichen Ideen sehr genau abklären, und wenn etwas erfolversprechend aussieht, dies durch ein Gutachten und eine Studie überprüfen lassen, und wenn das einigermaßen erfolversprechend aussieht, noch ein Gegengutachten einholen und je nach Rückmeldung das Projekt beerdigen oder die Umsetzung anstreben und dann feststellen, dass es für dieses Projekt zu spät ist, und diese Beerdigung mit einem neuen Projekt von vorn beginnen oder dieses nochmals zurückstellen, um zu verhindern, dass es wieder veraltet oder überholt sein könnte, bis es zur Umsetzung gelangen könnte. Mit diesem System ist eines klar: Frauenfeld werden Chancen entgehen. Ich habe grundsätzlich Vertrauen in den Stadtrat und die Verwaltungsmitarbeitenden, dass sie ihren Job für das Wohl von Frauenfeld erledigen. Und ich wünsche mir einen Stadtrat, der Chancen packt. Ich weiss, ich habe einiges ein wenig über-

zeichnet. Aber in den letzten Monaten frage ich mich wirklich, wohin uns die Zusammenarbeit führt. Diverse Gemeinderäte üben nicht mehr die Funktion als Legislative aus, sondern mischen sich immer mehr in die Arbeit der Exekutive, sprich in jene des Stadtrats ein. Wir haben unseren Stadtrat gewählt, dass er die Stadt in eine gute Zukunft führt und mit der Wahl haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auch das Vertrauen ausgesprochen, dass der Stadtrat dies machen soll. Es ist mir völlig bewusst, dass im Zusammenhang mit der Wärme Frauenfeld AG einiges nicht gut gelaufen ist. Und das will ich auch nicht schönreden. Im Bericht wird festgehalten, dass keine strafbare Handlung vorliegt und sich keine der beteiligten Personen bereichert hat. Dies ist aus meiner Sicht die wichtigste Aussage aus dem Bericht. Ich bin zudem sicher, dass die beteiligten Personen heute verschiedene Dinge anders tun würden, dies aber auch mit dem Wissen von heute. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass die Idee vom kalten Fernwärmering eine gute Idee ist. Dies wurde von einigen scharfen Kritikern auch wiederholt bestätigt. Doch leider sind Dinge geschehen, so war, das ist der wichtigste Punkt, der Wärmering unter einem zu grossen Zeitdruck aufgegleist worden und daher wurde gewissen Dingen zu wenig Beachtung geschenkt. Zudem haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Energieprojekte nicht so entwickelt, wie sich viele im Nachgang von Fukushima die Zukunft ausgemalt haben. Wenn die Energiepreise wie von vielen erwartet in den letzten fünf Jahren gestiegen wären und wenn jahrelang andauernde Negativschlagzeilen gegenüber der Wärme Frauenfeld AG nicht so stark geworden wären, bin ich überzeugt, dass die Zahlen der WFAG wesentlich besser aussehen würden. Diese Aussage soll keine Entschuldigung sein für den Stadtrat, dass er alles perfekt gemacht hat. Nein, dies ist nicht der Fall. Aber wenn man etwas Neues wagt, dann müssen eben im Tagesgeschäft gewisse Dinge zurückgestellt werden und im Fall Wärmering wurde dann leider die Kommunikation gegenüber unserem Rat stark vernachlässigt. Kritik kann und soll gegenüber dem Stadtrat geäussert werden. Ich bin auch überzeugt, dass der Stadtrat dies in Zukunft besser machen wird. Und inzwischen sind ihm bezüglich neuen Projekten ja auch Reglemente zur Seite gestellt worden, welche die Auslagerung reglementarisch besser abstützen. Ich wünsche mir für die Zukunft einen weiterhin mutigen Stadtrat, welcher Dinge anpackt, welche unsere Stadt weiterbringen. Wenn auch nicht von einem Tag auf den anderen, aber zumindest mittelfristig. Ich wünsche mir weiter einen Gemeinderat, welcher Dinge kritisch, aber wohlwollend begleitet und wichtige und kritische Fragen stellt. Aber im Sinn einer positiven Entwicklung eines Projekts, und nicht um etwas zu schaden. Zudem soll unser Rat nicht das Gefühl haben, er müsse ins operative Geschäft eingreifen. Wenn einzelne Gemeinderäte dies wollen, dann sollen sie sich bei einer Exekutivwahl zur Verfügung stellen und dann, wenn sie gewählt werden, den Beweis antreten, dass sie es wirklich besser können. Einen guten, sachlichen Umgangston in diesem Rat, in welchem um eine Sache gefeilscht wird, aber nicht auf die Person gespielt wird. Ich wünsche mir weiter für die Zukunft keine Profilierungsübungen, sondern lösungsorientierte Diskussionen. Ich bin überzeugt, dass wenn obige Punkte umgesetzt werden, das Klima im Rat sowie zwischen den Räten wieder besser wird. Ziel muss es sein, dass wir in der Stadt sowohl in der Exekutive als auch in der Legislative gute bis sehr gute Personen haben.

Gemeinderat Kurt Sieber (SVP): In der Zusammenfassung auf Seite 44 ist Folgendes zu lesen: „[...] der Stadtrat seine alleinige Zuständigkeit gestützt auf die Höhe der städtischen Beteiligung Franken 300'000 bejahte, obwohl die voraussichtlichen Folgekosten, Anschluss der städtischen Liegenschaften an den Wärmering ebenfalls hätten berücksichtigt werden müssen.“ Daraus folgt, dass die Kompetenzform des Stadtrats auch eine gesetzliche Grundlage benötigt, sprich mindestens einen referendumsfähigen Gemeinderatsbeschluss benötigt und die Finanzkompetenz kritisch beurteilt werden sollte. Deshalb erwarte ich vom Stadtrat, dass in Zukunft solche Verpflichtungen konsequent eingehalten werden. In der Randziffer 105 auf der Seite 38 ist Folgendes zu lesen: „Dass der Stadtrat der Wärme Frauenfeld AG einen A-fonds-perdu-Beitrag über 500'000 Franken aus dem Energiefonds gewährt hat, entsprach den Vorgaben des Ener-

giefondsreglements.“ Auf welche Bestimmungen des Reglements sich die Gewährung des Darlehens mit Rücktrittsrecht über 500'000 Franken abstützt, ist allerdings nicht ersichtlich und wird im Beschluss des Stadtrats nicht thematisiert. Im Stadtratsbeschluss wird lediglich ausgeführt, dass der Fonds bestand und die Finanzplanung es erlauben würden, den beantragten Beitrag sowie das befristete Darlehen über je 500'000 Franken zu sprechen, zumindest die zusätzliche Gewährung eines Darlehens erscheint rechtlich diskutabel.

In der Randziffer 42 auf Seite 17 ist Folgendes zu lesen: „Der Stadtrat von Frauenfeld beschloss an seiner Sitzung vom 7. Januar 2014, der Wärme Frauenfeld AG aus dem Fonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz einen A-fonds-perdu-Beitrag in der Höhe von 500'000 Franken sowie ein Darlehen in der gleichen Höhe mit Rangrücktritt zur Überbrückung der ersten Betriebsphase aus dem Energiefonds zu gewähren.“ Die Fachkommission für den Energiefonds hatte an ihrer Sitzung vom 18. Dezember 2013 gestützt auf das Reglement über den Fonds für erneuerbare Energie und Energieeffizienz der Stadt Frauenfeld der Mittelverwendung zugestimmt. Daraus folgt, dass einzelne Kompetenznormen des Stadtrats nicht einzeln, sondern zusammengezählt für das Projekt angeschaut werden müssen. Somit wäre sehr schnell erkennbar gewesen, dass der Stadtrat eine entsprechende Botschaft an den Gemeinderat hätte richten sollen. Zudem ist die Wahlzuständigkeit für diese Fachkommission der Stadtrat. Hier darf die Frage gestellt werden, ob eine solche Fachkommission, die ja im Prinzip einer Kommission mit selbstständiger Entscheidungsbefugnis gleichzustellen ist, nicht zwingend durch den Gemeinderat zu wählen sei. Dies wird im Bericht in der Randziffer 103 auf Seite 37 und 38 auch entsprechend erwähnt. Es ist deshalb fraglich, ob das Vorgehen des Stadtrats mit dem Grundsatz der Einheit der Materie vereinbar war. Dieser verbietet es, eine Kreditvorlage in verschiedene Teilkredite aufzuspalten, sei es, um eine Volksabstimmung zu umgehen oder eine andere Zuständigkeit zu begründen. Sei es, um die tatsächlichen Kosten eines Vorhabens weniger hoch erscheinen zu lassen in der Hoffnung, die Vorlage so besser durchbringen zu können. Ich werde einen Rückkommensantrag in der Spezialkommission Teilrevision Gemeindeordnung einbringen.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Ich möchte mich kurz zum Votum von Kollege Lerch äussern. Ich kann vielem zustimmen. Auch ich möchte eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Stadtrat anstreben und ich glaube auch, das gelingt uns weitgehend. Auch ich möchte Macher im Stadtrat, und genau darum habe ich die fünf Damen und Herren, die dort oben sitzen, vor rund anderthalb Jahren auch gewählt und ich habe das bis heute auch nicht bereut. Aber vielleicht eine Bemerkung zur Rolle des Gemeinderats. Der Gemeinderat ist zuständig dafür, über Botschaften zu entscheiden, das Budget zu beraten, das ist alles schön festgehalten. Aber wir haben auch noch eine andere Aufgabe und auch die ist in Art. 19 Abs. 3 der Gemeindeordnung unmissverständlich festgehalten. Dort heisst es, dass der Gemeinderat die Aufsicht über den Stadtrat und die Stadtverwaltung ausübt. Wenn nun die Wahrung dieser Aufsicht insbesondere durch die zwei Motionäre mit Profilierung in Verbindung gebracht wird, muss ich mich schon sehr wundern. Es geht darum, diese Gemeinderäte haben ihre politische Pflicht erkannt und sie haben ihre politische Pflicht wahrgenommen, dafür müssen wir in erster Linie dankbar sein.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP): Das Votum von Gemeinderat Michael Lerch hat mich bewogen, noch einige Worte zu sagen. Auf den Mann gespielt haben wir. Profilierungssucht haben wir. Man sollte nur kritisch begleiten. Ich frage mich, ob Herr Lerch den Bericht gelesen hat. Ich weiss nicht, was Sie das Gefühl haben, was ich seit 2014 von meiner Seite an Emotionen miterleben musste. Und nur dank des Muts von jemandem, der politisch sicher nicht gleich ausgerichtet ist wie ich, dank Gemeinderatskollege Peter Hausammann, der in diesem Saal der einzige war, der den Mut hatte, mit mir zusammen das zu hinterfragen. Tut mir leid, aber dem

Gemeinderat hier jetzt so die Leviten zu lesen, ist meiner Meinung nach frech. Jederzeit und ich glaube, man kann dazu jedes Protokoll lesen, hat man gesehen, dass sich die Gemeinderäte Hausammann und Geiges anständig benommen haben und anständige Voten hielten. Von Profilierungssucht kann da sicher nicht die Rede sein. Matchentscheidend an dieser Geschichte ist, es hätte x Möglichkeiten gegeben, wo der Stadtrat hätte sagen können, sorry, ich sehe es ein, wir machen es anders. Wir hatten x Sitzungen, auch ausserhalb des Protokolls, es gab x Gelegenheiten, das zu machen. Man hätte nicht so viel Geld ausgeben müssen, wenn Sie als Gemeinderat zugehört hätten an der Sitzung, als wir über den Kredit von 5 Mio. Franken abgestimmt haben, als ich Ihnen das Reglement sogar vorgelesen habe. Ich finde es nicht richtig, wenn man jetzt anfängt, das zu machen. Der Stadtrat hat eine Verantwortung zu tragen, er hat sich übernommen, er hat sich entschuldigt, damit gebe ich mich zufrieden. Ich gebe mich nicht zufrieden, dass man jetzt anfängt, uns, die etwas probiert haben, an den Karren fahren zu wollen. Denn von unserer Seite wurde immer anständig kommuniziert, wir haben nie einen Menschen abgeschossen, wir haben nie von Rücktritt gesprochen. Wir haben es daher immer korrekt gemacht und unsere Aufgabe wahrgenommen.

Gemeinderat Michael Lerch (FDP): Es tut mir leid, wenn sich die Gemeinderäte Geiges und Hausammann angegriffen fühlen. Das war nicht meine Absicht. Meine Absicht war es, gewisse Dinge aufzuzeigen, welche in meinen Augen in diesem Rat nicht mehr so optimal laufen. Es ist richtig, es ist gut, es war korrekt, dass die Gemeinderäte Geiges und Hausammann dieses Thema aufgegriffen haben, dafür verurteile ich sie auch nicht. Mir geht es teilweise darum, dass der Ton, die Art und Weise mich zum Teil stört. Aber vielleicht bin ich auch zu dünnhäutig, das kann auch sein. Wie gesagt, ich wollte nicht eine der beiden Personen angreifen. Es gibt auch andere Voten, welche im Rat in letzter Zeit gefallen sind, die mich persönlich nachdenklich gestimmt haben. Es tut mir leid.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme des Berichts zur Wärme Frauenfeld AG. Der Stadtrat hat heute im Rat einen schwierigen Stand gehabt. Mit dem Untersuchungsbericht zur Wärme Frauenfeld AG wird dem Stadtrat vor Augen geführt, welche Fehler er im Zusammenhang mit der Gründung und dem Aufbau des Wärmerings begangen hat. Und es ist nicht leicht, in diesen Spiegel, in diesen Bericht zu schauen. Aber es ist im wahrsten Sinn des Wortes notwendig, damit nämlich die Lage des in Not geratenen Wärmerings gewendet werden kann.

Wir lassen uns darum diese Kritik nicht nur gefallen, wir haben diese auch aktiv gesucht, Stichwort Fehlerkultur, indem wir nämlich den Bericht erstens im Auftrag gegeben haben, Ihnen diesen dann ohne Abstriche überwiesen haben und uns heute Ihren Einschätzungen, Ihrer Kritik und auch Ihrer Enttäuschung gestellt haben.

Was wir in diesem Spiegel, also im Bericht sehen, hat uns auch nicht gefallen. Aus heutiger Perspektive gesehen haben wir folgende fünf gravierende Fehler begangen:

1. Der Stadtrat hat der Gründung und dem Aufbau der WFAG zu einem Zeitpunkt zugestimmt, als die Finanzierungsmöglichkeiten noch nicht genügend abgeklärt waren. Die Bauarbeiten für den Wärmering wurden zu einem Zeitpunkt in Angriff genommen, als noch keine schriftlichen Verträge für Kredite vorlagen.
2. Im Verwaltungsrat nahmen Mitglieder der städtischen Exekutive Einsitz. Durch das Doppelmandat war zwar der Informationsfluss mehr oder weniger gewährleistet, doch bei zuneh-

menden Problemen wurde es immer schwieriger, Interessen und Pflichtenkollisionen zu entgehen.

3. Der Stadtrat nahm die Aufsicht über die Beteiligung an der WFAG nicht in genügendem Mass wahr.
4. Der Stadtrat verpasste es, schon zu einem frühen Zeitpunkt den Gemeinderat in die Entscheidungen einzubeziehen. Er nutzte seine Kompetenzen extensiv aus. Formaljuristisch vielleicht korrekt, inhaltlich jedoch nicht.
5. Der Stadtrat kommunizierte nicht offen und nicht transparent und liess auf diese Weise den Gemeinderat lange im Unklaren über die tatsächlichen Verhältnisse.

Wir können diese fünf Fehler nicht einfach mit einem Shit happen's abtun. Sondern wir stehen dazu. Und wir übernehmen die volle Verantwortung dafür. Und darum bitten wir Sie an dieser Stelle auch nochmals in aller Form um Entschuldigung, namentlich bei den Gemeinderäten Peter Hausammann und Stefan Geiges, deren Anfragen in den Vorjahren nur rudimentär beantwortet wurden. Und wir bitten Sie in der Folge der Entschuldigung um Ihre Unterstützung dabei, solche Fehler durch geeignete Massnahmen in Zukunft zu verhindern und uns nun mit vereinten Kräften daran zu machen, den Wärmering auf eine stabile organisatorische und finanzielle Grundlage zu stellen. Bevor ich dazu noch einige Worte sage, möchte ich aber nochmals mit einem etwas anderen Blick in den Spiegel schauen.

Sie wissen ja, je nach Stärke des Lichts erscheint uns das Spiegelbild etwas anders. Im grellen Licht der Untersuchung sehen wir jede Falte, jede Rötung, ja jeden Pickel. Erlauben Sie mir, das Licht ein bisschen zu dimmen, damit wir das Innere erkennen. Dann werden wir anerkennen, dass der Wärmering aus einer guten Zielsetzung entsprungen ist mit dem hehren Ziel, einen aktiven Beitrag zur ökologisch sinnvollen Energiewende zu leisten. Wir sehen, dass alle Bemühungen darauf ausgerichtet waren, einen guten Service für die Kunden in einem Gebiet zu leisten, wo zum damaligen Zeitpunkt noch keine Erdsonden möglich waren. Und wir dürfen auch zur Kenntnis nehmen, dass weder grobe Verstösse gegen das öffentliche Haushalts- und Kreditrecht noch strafrechtlich relevante Handlungen vorliegen. Ich erlaube mir, diese Aspekte auch auf Ihre Waagschale zu werfen. Nicht als Ausrede, sondern aus Respekt gegenüber den Verantwortungsträgern von damals.

Aber genug der Spiegelschau meinerseits, blicken wir in die Zukunft, vorwärts auf den Weg, den es jetzt zu beschreiten gilt. Zuerst auf die Umsetzung der Verbesserungsmaßnahmen. Falls Sie das Gefühl erhalten haben sollten, wir wollten uns nur zögerlich auf ausgetrampelten Wegen bewegen, dann darf ich Sie für einmal positiv enttäuschen. Ruedi Huber tritt auf Ende Jahr aus dem Verwaltungsrat der WFAG zurück. Ich selber bin aus dem Verwaltungsrat der Wärmeversorgung Frauenfeld West bereits zurückgetreten. Der Chef des städtischen Finanzamts Reto Angehrn ist daran, sämtliche städtischen Beteiligungen zu ermitteln, eine Liste zu erstellen, diese liegt auch schon vor, dann werden wir die dazu notwendige Berichterstattung zur Erfüllung der stadträtlichen Aufsichtspflicht sicherstellen. Der Stadtschreiber Ralph Limoncelli erstellt in Zusammenarbeit mit mir zuhanden des Stadtrats einen Vorschlag für Public-Corporate-Governance-Regeln, der Stadtrat wird Anfang 2017 die Zuständigkeiten für die Stundung von Forderungen aufgrund einer durch das Finanzamt durchgeführten Analyse regeln und Ralph Limoncelli hat bereits einen Vorschlag betreffend Anpassung der Protokollierung von Grundsatzdiskussionen und Mitteilungen erarbeitet, der nächstens im Stadtrat behandelt werden wird. Auch die weiteren Massnahmen sind in Auftrag gegeben und gern werden wir Ihrer Aufforde-

zung nachkommen, Ihnen hierzu im ersten Halbjahr 2017 und wenn nötig auch später Bericht zu erstatten.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einen Ausblick in Sachen Wärmering selber. Einige von Ihnen haben uns in der Septembersitzung bezüglich Organisation und Rechtsform sowie bezüglich Betriebswirtschaftlichkeit Inputs gegeben. Diese stiessen bei mir schon damals auf offene Ohren. Ich habe Ihnen dies bereits an der Sitzung versichert. Wir sind in diesen beiden Bereichen auch schon seit geraumer Zeit aktiv. Denn es gilt, hierzu Lösungen zu erarbeiten, die wir Ihnen Anfang 2017 mittels Botschaft vorlegen wollen. Gern zeige ich Ihnen diese Aktivitäten kurz auf.

Wir haben im Sommer einen Bericht in Auftrag gegeben zu möglichen rechtlichen Szenarien, um die finanziellen Schwierigkeiten in einem rechtlichen Szenario zu lösen. Dieser Bericht wird dem Stadtrat diese Woche zugestellt werden. Zusammen mit der Stadt Winterthur haben wir im Oktober eine Arbeitsgruppe einberufen, die die betriebswirtschaftlichen Fragen zum Wärmering beantworten soll und wir haben im Stadtrat im November entschieden, eine städtische Task-Force unter meiner Leitung einzusetzen, die diese verschiedenen Teile bündelt und entsprechend im Hinblick auf die Beratung im Stadtrat, in den GPKs und im Gemeinderat erarbeitet. Und hierzu muss ich Sie jetzt um etwas bitten, nämlich um Unterstützung in diesem Prozess. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt weder für den Ruf des Wärmerings noch für die Erarbeitung einer Zukunftslösung dienlich, wenn laufend in aller Öffentlichkeit einzelne Möglichkeiten und Meinungen geäussert werden. Sie wissen es und ich habe dies in der Vergangenheit mehrmals bewiesen, die Türe ist offen bei mir. Ich bin nicht immer im Büro, aber wenn ich da bin, kann man gern läuten und sich auch anmelden, das geht alles. Sie können direkt zu mir kommen. Ich erwarte Ihre Zusammenarbeit, ja ich fordere sie hiermit auch bei Ihnen ein. Wir sind in diesem Geschäft jetzt gemeinsam in der Verantwortung und ich danke Ihnen jetzt schon, dass wir diese zusammen auch wahrnehmen. Ich habe heute schon viele Worte in diese Richtung gehört. Vielen Dank.

Abschliessend nehme ich gern kurz Stellung zu einzelnen Aussagen aus Ihren Reihen, sofern diese nicht bereits in meinem Votum zur Sprache gekommen sind.

Heinrich Christ hat die Rolle der Werkbetriebe und die Aufgabe der Werkbetriebe angesprochen. Das ist eine Überlegung, in der wir tatsächlich im Stadtrat stecken. Wir sind in dem Sinn steckengeblieben, dass wir diese Diskussion letzten Sommer angerissen haben und dann aufgrund der Ereignisse im Zusammenhang mit der Wärme Frauenfeld AG andere Prioritäten setzen mussten. Wir werden diese Diskussion selbstverständlich weiterführen.

Gemeinderätin Félicie Haueter bezüglich Public-Corporate-Governance-Regeln: Wir haben im Sinn, diese für die Stadtverwaltung im Weisungsstil zu erlassen. Wir werden Sie selbstverständlich gern über diese Weisung in Kenntnis setzen.

Was die Beteiligungen betrifft, so habe ich gesagt, es wurde eine Liste erarbeitet. Meines Wissens ist auch im Ordner zur Jahresrechnung eine solche Liste vorhanden. Bezüglich der städtischen Beteiligungen, diese war vermutlich noch nicht ganz vollständig, aber wir werden diese auf jeden Fall immer möglichst aktuell halten und Ihnen so auch zugänglich machen.

An Andreas Elliker bezüglich der Finanzkompetenz des Stadtrats: Diese ist mit 300'000 Franken auf den ersten Blick wesentlich grösser als diejenige des Stadtrats Winterthur. Wenn man aber weiss, dass die Stadt Winterthur mit einem Globalbudget arbeitet, so ist da doch ein erheblicher Unterschied auszumachen. Zudem ist die Regelung der Finanzkompetenz und auch die Regelung von Kommissionen nicht Sache des Stadtrats, sondern Aufgabe des Gemeinderats, die die

Gemeindeordnung ja erlässt. Also muss ich in dem Sinn sagen, bei dieser Aufgabe können wir zwar gern mitwirken, selbstverständlich redet der Stadtrat da auch gern mit, aber erlassen müssen Sie sie.

Was den Konkurs als möglichen Weg betrifft, so habe ich an dieser Aussage wenig Freude, das können Sie sich vorstellen. Und zwar einfach aus dem Grund, weil der Konkurs zwar auf den ersten Blick so als elegante, einfache, schnelle Lösung angeschaut werden kann, ist er aber darum nicht, weil erstens einige die gemachten Investitionen sich ans Bein streichen müssten und zweitens, weil dann ein Konkursverwalter das Zepter in die Hand nimmt und dieser Konkursverwalter wesentlich von anderen Gesetzen getrieben sein wird als von solchen, die wir vielleicht als sinnvoll ansehen würden. Deshalb wollen wir seitens des Stadtrates um alles in der Welt einen ungeordneten Konkurs nicht anstreben, sondern wir erwägen viele andere Möglichkeiten und sind guter Dinge, dass wir da auch eine gute Lösung finden werden.

An Peter Hausammann und an Michael Lerch, denn irgendwie haben beide Voten etwas angesprochen, was bei mir offene Türen eingerannt hat, nämlich die Frage der Respektierung der demokratischen Rechte und Zuständigkeiten zum einen und die Fehlerkultur zum anderen und dann die Frage, sind wir Macher oder Verwalter? In dieser sehr informationsreichen Zeit kann sich jeder viele Informationen beschaffen, auf verschiedenen Wegen. Die direktdemokratische Kultur wird aktiver gelebt als in der Vergangenheit. Es ist weniger obrigkeitstgläubig als in früheren Zeiten. Das gibt flachere Hierarchien, das gibt manchmal auch Diskussionen um Rollen und Zuständigkeiten. Was ist die Rolle der Exekutive, was die Rolle der Legislative oder des Souveräns? Aber wir müssen uns dieser veränderten und sehr virulenten dynamischen Herausforderung stellen. Und ich denke, da braucht es die Fehlerkultur zum einen, und es braucht zum anderen auch gerade den Mut, nicht als Verwalter einfach zurückzulehnen und zu sagen, ja ja, wir machen jetzt einfach Dienst nach Vorschrift, sondern trotz allem auch mit Vorschlägen zu kommen, sei es aus dem Gemeinderat mittels Motionen, Initiativen seitens der Bevölkerung, sei es aus dem Stadtrat heraus mit Botschaften, und diese dann immer in einem Prozess zu diskutieren. Und dieser Prozess wird vielleicht umständlicher, das ist so. Aber das Resultat zeigt das Beispiel Schweiz, das Resultat kann sich sehen lassen. Ich glaube, wir können hier alle zusammen auf den Weg gehen und vielleicht voneinander auch lernen. Ich habe das im Zusammenhang mit einem anderen Projekt, das diesen Frühling leider bachab geschickt wurde, auch gesagt, aber so eine erste Idee, wenn die mal präsentiert wird, dann kommt sie ganz oft einfach zunächst als qualifizierten Blödsinn an, und wenn man sie dann intensiv miteinander diskutiert, kann sie verbessert werden. Das war meine Lehre aus der Abstimmung in diesem Frühling, dass wir als Stadtrat mit solchen Projekten früher kommen müssen, intensiver mit Ihnen und mit der Bevölkerung diskutieren müssen und dass wir auf diese Weise zu besseren Resultaten auch zu erfolgreichen Abstimmungen kommen werden und so durchaus Frauenfeld auch vorwärtsbringen können. Hierzu das Instrument von Kommissionen nutzen, Spezialkommissionen, die gemäss Art. 30 der Gemeindeordnung entweder Sie als Gemeinderat einsetzen können, oder auch wir als Stadtrat.

Zuletzt noch zu den Aussagen von Kurt Sieber bezüglich Einhaltung der Finanzkompetenz: Unbedingt. Wir müssen diese Kompetenzen wirklich einhalten und, das haben wir uns auch vorgenommen, jeweils bei den Beschlüssen auch uns überlegen, was die finanziellen Konsequenzen eines Beschlusses sind und ob diese noch innerhalb unserer Kompetenz liegen oder ob wir hierzu Gemeinderat oder sogar Volk angehen. Das ist sicher ein ganz wichtiger Bestandteil.

Was die Geschichte mit dem A-fonds-perdu-Beitrag und der rechtlich fragwürdigen Gewährung von Darlehen betrifft, so sind wir in der Diskussion mit Prof. Jaag im Anschluss an den Bericht

zum Schluss gekommen, dass das doch nicht ganz so problematisch ist. Die Gewährung von Darlehen ist zwar nicht vorgesehen im Fondsreglement, aber es ist das weniger grosse Mittel als die Gewährung von A-fonds-perdu-Beiträgen, die ja im Reglement vorgesehen ist. Also das Grössere ist möglich, das Kleinere ist nicht erwähnt. Deshalb geht man in der Rechtsprechung davon aus, dass das Kleinere auch möglich ist, auch wenn es nicht ausdrücklich erwähnt ist. Es gibt irgendeinen lateinischen Ausdruck maiorem minorem o.ä., mein Latein war schon in der Schule miserabel und im Studium erst recht, deshalb überlasse ich das nachher beim Bier. In dem Sinn danke ich Ihnen für die Kenntnisnahme und ich freue mich auf die gute Zusammenarbeit.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Damit erkläre ich die heutige Diskussion über die Wärme Frauenfeld AG als abgeschlossen. Der Untersuchungsbericht zur Wärme Frauenfeld AG wurde von den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten zur Kenntnis genommen.

95

FRAGESTUNDE

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Die Fraktionen haben ihre traditionellen Fraktionsabende nach der Fragestunde verschoben, deshalb steht uns genügend Zeit für Ihre Fragen und die Antworten des Stadtrats zur Verfügung. Gestützt auf Art. 47 des Geschäftsreglements haben elf Mitglieder des Rats 25 Fragen termingerecht eingereicht. Der Ablauf der Fragestunde erfolgt wie üblich. Zuerst verliest das jeweils von mir aufgerufene Ratsmitglied am Rednerpult die Frage. Diese Frage wird durch den zuständigen Stadtrat oder die zuständige Stadträtin oder durch den Stadtpräsidenten beantwortet. Anschliessend hat die fragestellende Person die Möglichkeit, gemäss Art. 47 Abs. 3 des Geschäftsreglements eine Ergänzungsfrage zu stellen. Die Liste der Fragen liegt auf Ihrem Platz. Die Fragen wurden nach Departementen aufgelistet, damit es bei der Beantwortung möglichst wenige Wechsel am Rednerpult gibt. Mit dieser Hilfe wissen die Fragesteller, wann ihre Frage an der Reihe ist.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH): Stellenplan:

An der letzten Gemeinderatssitzung stimmten wir der Eingliederung der Sammelstelle in das Regionale Annahmезentrum zu. Im Zusammenhang mit der dadurch freiwerdenden Stelle diskutierten wir auch über die Auswirkungen auf das nächste Budget und über den Stellenplan. Vielleicht an dieser Stelle zur Auswirkung auf das Budget da eine frohe Botschaft: Es wird gemäss dem Finanzchef das Budget um 105'000 Franken entlastet. In diesem Zusammenhang besten Dank an Kollege Andreas Elliker, dass er hier den Finger draufgehalten hat.

Die Frage zum Stellenplan: Im Rahmen der vom Gemeinderat bewilligten Löhne ist hierfür der Stadtrat zuständig. Allerdings habe ich den Stellenplan nirgends gefunden und auch niemand sonst hat ihn gefunden. Deshalb die Frage: Ist der Stadtrat bereit, Gemeinderat und Bevölkerung einen regelmässig aktualisierten Stellenplan zugänglich zu machen?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Der Stellenplan wurde bisher jährlich im städtischen Jahresbericht in dem Sinn veröffentlicht, als er heruntergebrochen auf Departementebene öffentlich zugänglich war. Das wird auch in Zukunft so sein. Für den Gemeinderat wird der Stadtrat den Stellenplan zukünftig in einem separaten Register sowohl zur Jahresrechnung als auch

zum Budget per Stichdatum 31. Dezember respektive 31. August zur Verfügung stellen, und zwar hinuntergebrochen auf Departement, Amt, Abteilung, Bereich.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Kulturplakat:

Meines Wissens kostet ein Eintrag auf dem Kulturplakat der Stadt Frauenfeld 60 Franken. Für Veranstaltungen, die von der Stadt unterstützt und bereits subventioniert werden, ist der Eintrag hingegen kostenlos. Was sind die Voraussetzungen, dass eine Veranstaltung kostenlos auf dem Kulturplakat beworben wird?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Voraussetzung, um auf dem Kulturplakat kostenlos einen Eintrag platzieren zu dürfen, ist genau jene, die Sie erwähnen, nämlich wer von der Stadt unterstützt resp. Subventioniert wird, muss für seinen Eintrag nichts zahlen. Dies weil es unseres Erachtens keinen Sinn macht, mit der einen Hand Unterstützung auszuzahlen und mit der anderen Hand wieder Geld zurückzufordern.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Erachtet es der Stadtrat nicht als stossend, dass dadurch privatfinanzierte Veranstaltungen, die nicht kommerziell ausgerichtet sind, durch diese Regelung benachteiligt werden? Kann man sich überhaupt vorstellen, dass es privat finanzierte Kulturveranstaltungen gibt und was wäre der Einnahmeausfall, wenn man solche Veranstaltungen auch kostenlos bewerben würde mittels Kulturplakat?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Für kleine, nicht kommerzielle und nicht geförderte Veranstaltungen kann es tatsächlich unfair erscheinen, für den Eintrag ins Kulturplakat bezahlen zu müssen. Für grössere, kommerzielle Anlässe halten wir dies jedoch für gerechtfertigt. Gern sind wir bereit, für diese kleinen, nicht geförderten, nicht kommerziellen Veranstaltungen Hand zu einer Lösung zu bieten. Diese können beim Tourist Service, der die Einträge sammelt, den Erlass beantragen. Das Amt für Kultur befindet dann über das Gesuch. Finanziell hätte dies einen Ausfall von rund 600 Franken pro Jahr zur Folge.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Öffentliche Publikationsorgane:

Ich bitte den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Zeitschriften erhalten Geld für die öffentliche Publikation?
2. Wie hoch ist der Geldbetrag, die jeder erhält?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Als amtliche Publikationsorgane erhalten die Frauenfelder Woche und die Thurgauer Zeitung Geld von der Stadt. Damit werden Kosten für amtliche Todesanzeigen, Verkehrsankündigungen, Referendumspublikationen, öffentliche Auflagen und Veranstaltungsinserate beglichen. Im Jahr 2015 waren dies bei der Frauenfelder Woche 85'950.85 Franken, bei der Thurgauer Zeitung 58'988 Franken. Die Differenz zwischen der Thurgauer Zeitung und der Frauenfelder Woche rührt von der wöchentlichen Kulturseite in der Frauenfelder Woche.

Gemeinderat Robert Zahnd (SVP): Moschee bei der Zuckerfabrik:

Die Baubewilligung für die Moschee bei der Zuckerfabrik wurde erteilt. Hat der Stadtrat Erkundigungen eingeholt, wie die Parzelle finanziert wurde? Ist der Stadtrat orientiert, wer den Neu-

bau finanziert? Sind das die Mitglieder oder wird der Bau von weiteren Organisationen oder gar Staaten finanziert?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Die Stadt verfolgt das Projekt einer Moschee aufmerksam. Die Bestrebungen, in der Stadt Frauenfeld eine Moschee zu errichten, sind ja schon länger im Gang. Die nun erteilte Baubewilligung ist die dritte, die zwei vorangehenden Baubewilligungen wurden mangels Finanzen nicht umgesetzt. Verantwortlich für das Projekt zeichnet sowohl ideell als auch finanziell der lokale islamische Verein. Aufgrund diverser Medienberichte hat sich der Stadtrat bereits vor Erteilung der Bewilligung dafür interessiert, wie die Finanzierung zustande kommt und welche Personen hinter dem Projekt stehen. Er hat deshalb die Verantwortlichen zu mehreren Gesprächen getroffen und darauf hingewiesen, dass die Respektierung der schweizerischen Rechtsordnung durch die islamische Gemeinde für den Stadtrat unabdingbar ist. Auf die Fragen zur Finanzierung des Projekts wurde uns versichert, dass diese durch die Mitglieder selber gestemmt wird. Daher ist das Projekt gegenüber früheren auch auf den Betrag von 1,6 Mio. Franken reduziert worden, was nun aus Sicht der Verantwortlichen machbar sein sollte. Der Stadtrat bleibt mit den Verantwortlichen in Kontakt und hat bereits auf den 1. Dezember ein nächstes Treffen vereinbart.

Gemeinderat Kurt Sieber (SVP): Zum Motocross MXGP habe ich fünf Fragen eingereicht:

1. Wurde der Stadtrat in die Vorbereitungen des MXGP einbezogen?
2. Welche finanziellen Kosten hat der MXGP der Stadt Frauenfeld verursacht?
3. Welche Dienstleistungen hat die Stadt Frauenfeld zugunsten des MXGP erbracht?
4. Wie viel haben diese Dienstleistungen gekostet?
5. Konnte der Stadtrat beim Verkehrs- und Sicherheitskonzept mitreden?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Die Stadt wurde, soweit es sie betraf, in die Vorbereitungen des MXGP einbezogen. Die Stadt wurde auch von der kantonalen Bewilligungsbehörde zur Bewilligungserteilung angehört. Im Kanton Thurgau ist das etwas speziell. Solche Veranstaltungen müssen durch die Kantonspolizei bewilligt werden. Die Organisatoren dokumentierten die Stadt mit allen Dokumenten im Zusammenhang mit dem Anlass, allerdings manchmal etwas spät, aber immer noch vor der Veranstaltung. Der Stadt Frauenfeld sind Kosten von 5'235 Franken für das Zur-Verfügung-stellen von Absperrgittern, Abfallfässern, Abfallkörben und Wegweisern erwachsen. Da im Gegenzug Werbemittel, nämlich Banden und Drucksachen im Wert von 8'000 Franken seitens Organisatoren nicht in Rechnung gestellt wurden, stellte die Stadt ihrerseits nur 2'500 Franken in Rechnung. Die Stadt wurde über das vorgesehene Verkehrs- und Sicherheitskonzept in Kenntnis gesetzt und hat sich dazu auch – auch hier etwas spät, aber immer noch vor der Veranstaltung – äussern können.

Gemeinderat Kurt Sieber (SVP): Wie steht der Stadtrat zu einer zweiten oder eventuell dritten Durchführung dieses Motocross?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Über diese Frage hat der Stadtrat bisher nicht debattiert. Sobald das Gesuch vorliegt, wird er sich auch wieder im Rahmen seiner Möglichkeiten, das findet ja nicht auf dem Gelände der Stadt Frauenfeld statt, dazu äussern.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Energie-Gold-Label:

Ich bitte den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was für einen Einfluss hatte die Wärme Frauenfeld AG für den Erhalt des Energiegoldlabels?
2. Was bringt das Label finanziell der Stadt Frauenfeld?

Stadtrat Urs Müller (CH): Das Re-Audit bzw. das Audit zur Erlangung des Goldlabels wurde im Sommer 2014 durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen. Bei der Auditierung werden sechs Schwerpunkte betrachtet, dies betrifft die Themen Entwicklungsplanung und Raumordnung, kommunale Gebäude und Anlagen, Versorgung/Entsorgung, Mobilität, interne Organisation, Kommunikation. Der kalte Fernwärmering der Wärme Frauenfeld AG ist unter dem Punkt Versorgung/Entsorgung angesiedelt und ist bei diesem Themenblock eine Massnahme von 18 weiteren. Aufgrund der Tatsache, dass noch viele andere Massnahmen bewertet wurden, kann davon ausgegangen werden, dass auch der Fernwärmering einen Teilbeitrag zur Erlangung des Goldlabels geleistet hat. Was aber sicher gesagt werden kann, wir haben nicht Gold erreicht nur wegen des Wärmerings, dazu ist das Beurteilungssystem sicher zu stabil.

Zum finanziellen Nutzen: Rein monetär ist das etwas schwierig. Direkt kann aber gesagt werden, dass die PostFinance bis letztes Jahr aufgrund des Goldlabels ihre Darlehen mit einem günstigeren Zinssatz gegenüber dem regulären Zinssatz der Stadt angeboten hat. Dieses Programm ist allerdings Ende 2015 ausgelaufen. Das Engagement im Programm Energiestadt lohnt sich aber auf jeden Fall, das ist ein wesentlicher Grund für den Erfolg des Labels. Denn rund die Hälfte aller Einwohner lebt in der Schweiz in einer Energiestadt. Ein kluges Energiemanagement zahlt sich mittel- bis langfristig aus, ganz zu schweigen vom Imagegewinn und den Vorteilen fürs Standortmarketing. Energiestädte zeigen, dass sie an morgen denken. Sie sind Vorreiter für eine innovative Energiepolitik. Als Beispiel für Zahlen noch der Energiefonds Frauenfeld: Im Jahr 2015 konnten aufgrund des kantonalen und städtischen Förderprogramms rund 0,5 Mio. Liter Heizöl in Frauenfeld aufgrund geförderter Massnahmen eingespart werden. Jeder Förderfranken löste letztes Jahr Investitionen in der Höhe von rund 6 Franken aus.

Gemeinderat Robert Zahnd (SVP): Obstgarten:

Die Überbauung beim Obstgarten wird bald abgeschlossen. Der Obstgarten selber aber verfällt immer mehr, die Fenster sind zum Teil eingeschlagen. Es wurde immer kommuniziert, dass dieses Gebäude erhalten bleiben muss. Was wurde abgemacht und gibt es dafür einen verbindlichen Zeitplan? Was macht die Stadt, wenn der Obstgarten der Stadt geschenkt wird? Im Moment scheint es so, dass sich die Stadt über den Tisch ziehen lässt.

Stadtrat Urs Müller (CH): Im Gestaltungsplan Bsetzi ist betreffend Obstgarten geregelt:

1. Die bestehende Baute Obstgarten ist zu erhalten. Der Schutzzumfang und Erweiterungsmöglichkeiten werden auf der Grundlage denkmalpflegerischer Begutachtung Restaurant Obstgarten Frauenfeld, Thurgau vom 24. Mai 2007 im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens bestimmt.
2. Die Verdichtung im Planbereich A1, wo auch der Obstgarten drin ist, ist als Gesamtprojekt einzureichen, welches die Sanierung der zu erhaltenden Baute Obstgarten sicherstellt.

3. Ziel ist die Erhaltung des Quartierrestaurants, welches mit einem Gartenrestaurant den Quartierplatz belebt und im Rahmen des Gesamtprojekts A1 mit Zusatzfunktionen existenzsichernd unterstützt wird.

Jedenfalls sind auf dem überwiegenden Teil der bestehenden oder ergänzten Fläche des Obstgartens nur öffentliche, publikumsorientierte Nutzungen zulässig. Zu diesen Flächen werden die zugehörigen Nebenräume, welche für die Bewirtschaftung der öffentlichen Nutzungen nötig sind, angerechnet. Mit der Baubewilligung musste für den Umbau des Restaurants Obstgarten in Absprache mit der Denkmalpflege und dem Amt für Hochbau und Stadtplanung vor Baubeginn ein detailliertes Sanierungs- und Restaurierungskonzept erstellt und zur Genehmigung eingereicht werden. Bis heute sind mehrere Absprachen und Begehungen zusammen mit der Denkmalpflege erfolgt, zudem wurde das Gebäude Obstgarten am 12. Januar 2016 eigentümerverbindlich und mit Einverständnis des Eigentümers rechtskräftig unter Schutz gestellt.

Zum Zeitplan: Das ganze Projekt Obstgarten mit dem Restaurant Obstgarten soll gemäss den Verantwortlichen im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Das ist eine Aussage von heute. Es ist somit aus Sicht der Stadt alles geregelt, der Eigentümer muss seinen Verpflichtungen nachkommen. Bei einer Schenkung würde die Stadt wohl verzichten.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Teer aus Deutschland:

Ich bitte den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten: Beim Umbau der Wiesenstrasse ist mir aufgefallen, dass alle Lastwagen, 40-Töner mit deutschen Nummern den Belag liefern. Die Stadt Frauenfeld stellt sich immer als ressourcen- und energieschonend dar.

1. Wo wird dieser Belag hergestellt?
2. Spielt der Produktionsstandort des Teerbelags bei der Vergabe beim Strassenbau eine Rolle?
3. Wie steht der Stadtrat zur Unterstützung des kantonalen (schweizerischen) Werkplatzes?

Stadtrat Urs Müller (CH):

1. Der Belag wird in Tuttlingen (D) hergestellt, Friedrich Storz Werk Welschingen, Distanz ca. 70 km.
2. Bei der Vergabe steht die Qualität des Belags an erster Stelle. Die Eigenschaften und Zusammensetzungen der zu verwendenden Beläge sind in den SN-Normen festgehalten und werden entsprechend überprüft. Sind diese Anforderungen eingehalten, so kann der Belag grundsätzlich eingebaut werden. Bei allen Ausschreibungen ist das öffentliche Beschaffungswesen einzuhalten. Die Zulassung für das Belagswerk in Tuttlingen besteht.
3. Der Stadtrat steht zum Werkplatz Schweiz, keine Frage, und insbesondere zum Werkplatz Frauenfeld. Die offerierenden Unternehmungen sind aber grundsätzlich bezüglich ihrer Lieferanten frei.

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP): Sägereistrasse:

Wir haben die Meldung erhalten, dass die Sägereistrasse erstellt wird. In Frauenfeld gibt es aber bereits eine Sägestrasse. Ich selbst wohne an der Bühlwiesenstrasse. Obwohl der Unterschied grösser ist, wurde diese schon mit Hasenbühl- oder Bühlstrasse verwechselt. Auch wenn in naher Zukunft keine Liegenschaft an der Sägereistrasse stehen sollte, besteht eine Gefahr der Verwechslung. Wurde die Gefahr einer Verwechslung dieser beiden Strassen angesprochen resp. Beachtet?

Stadtrat Urs Müller (CH): Als Sägestrasse ist die ca. 20 m lange Zufahrt zum Areal des Baugeschäfts Ernst Herzog AG zwischen Rheinstrasse 23 und 25 benannt. Derzeit sind lediglich zwei Adressen an der Sägestrasse verzeichnet und bei beiden handelt es sich um Gebäude der Ernst Herzog AG. Mit der Überbauung des Areals verschwinden diese beiden Anschriften. Die Zufahrt und damit auch Adressierung erfolgt via Lindenweg. Die Sägestrasse wird aufgehoben. Deshalb kann in Zukunft eine Verwechslung ausgeschlossen werden.

Gemeinderat Christoph Keller (SVP), vertreten durch Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP): Regionaler Radweg:

Seit fünf Jahren wird am regionalen Radweg durch das Gemeindegebiet von Frauenfeld geplant, seit drei Jahren auch wirklich gebaut. Bis im Frühjahr 2017 soll die Etappe zwischen Riedweg und Goldackerstrasse gebaut sein. Mit diesem Stück werden die einfachen Teile des Regionaradwegs fertig gebaut sein. Bei verschiedenen Gelegenheiten wurde vom Stadtrat versprochen, dass er auch für die anspruchsvollen Teile des Radwegs, Querung der Rheinstrasse, Durchfahrt Bahnhofplatz, Schweizerhofkreisel bis zur Gartenlaube, Wechsel der Strassenseite bei der Gartenlaube und Teilstück Erchinger- bis Goldackerstrasse Verbesserungen ins Auge gefasst habe. Meine Frage zielt genau auf diese bereits in der Abstimmungsbotschaft für die Radwegvolksabstimmung vom 15. Mai 2011 ungelösten Schwierigkeiten.

1. Wie sehen die vom Stadtrat ins Auge gefassten Verbesserungen bei der Querung der Rheinstrasse, bei der Etappe Bahnhofplatz bis Gartenlaube, beim Wechsel der Strassenseite bei der Gartenlaube und beim Teilstück Erchingerstrasse-Goldackerstrasse aus?
2. Für den gesamten Radweg wurden 6,5 Mio. Franken veranschlagt, für die Stadt Frauenfeld 2,45 Mio. Franken. Wie sieht die finanzielle Zwischenbilanz aus und mit welchen Kosten ist noch zu rechnen?
3. Wie beurteilt der Stadtrat nach mehr als fünf Jahren Planungs- und Bauzeit den Baufortschritt des Regionaradwegs?

Stadtrat Urs Müller (CH):

1. Die Querung der Rheinstrasse auf der Höhe des Bahnhofplatzes wird immer eine Herausforderung darstellen. Es dürfte allen bekannt sein, dass an diesem Ort sämtliche Verkehrsträger den Kreuzungsbereich beanspruchen. Es fahren die Stadt- und Regionalbusse sowie die Frauenfeld-Wil-Bahn aus und ein, der motorisierte Individualverkehr verkehrt auf der Rheinstrasse und mündet gleichzeitig von der Eisenbahn- und der Murgstrasse ein, der Velofahrer sucht sich den Weg und der Fussgänger quert über zwei Fussgängerstreifen. Mit einer Umgestaltung der Rheinstrasse zusammen mit dem Strasseneigentümer, dem Kanton, wird versucht, die Situation zu verbessern. Muss allerdings davon aus-

gegangen werden, dass weiterhin alle Verkehrsbeziehungen angeboten werden müssen, sind nur kleine Verbesserungen möglich. Im Rahmen der Mobilität 2030 wird im Jahr 2017 ein Betriebs- und Gestaltungskonzept erarbeitet. Auf diesem basiert dann das Umgestaltungsprojekt, die Umsetzung ist gemäss Mobilität 2030 im Massnahmenpaket 2, d. h. 2023-2026 vorgesehen. Im Zusammenhang mit der Weiterführung des Radwegs von der Goldackerstrasse zur Erchingerstrasse wird zusammen mit dem Kanton als Strasseneigentümer eine Verbesserung beim Queren der Bahnhofstrasse gesucht. Hier gilt es, den neuralgischen Punkt bezüglich des Verkehrszuflusses des motorisierten Individualverkehrs nicht zu stark zu behindern.

2. An unserer Antwort anlässlich Christoph Kellers einfachen Anfrage im Jahr 2015 hat sich nichts geändert. Von der Bevölkerung wurde für das Vorhaben 2,45 Mio. Franken bewilligt, von den Gesamtkosten auf Stadtgebiet von 6,5 Mio. Franken übernimmt der Bund im Rahmen der Agglomerationsprogramme 1,6 Mio. Franken und der Kanton Thurgau 2,45 Mio. Franken. Die Kostenkontrolle zeigt aus heutiger Sicht, dass die teuerungsbereinigten Kosten im bewilligten Rahmen liegen. Dies ob wohl die Anforderungen - nicht nur, aber insbesondere - der SBB bezüglich Sicherheitsauflagen seit der Projektbewilligung stark zugenommen haben.
3. Bauprojekte mit Neutrassierungen und entsprechendem Landerwerb sind aus Erfahrung sehr zeitintensiv. Verhandlungen mit Grundeigentümern werden zusehends komplexer. Mit der propagierten inneren Verdichtung werden die Räume knapper, Emissionen entsprechend höher und immer unerwünschter.

Gemeinderätin Severine Hänni (SVP): Unterführung Rheinstrasse:

Gibt es für die Stadt Möglichkeiten, die Signalisierung bei der Unterführung Rheinstrasse zu verbessern oder den Kanton auf die Problematik hinzuweisen, um die sich häufenden Vorfällen mit zu hohen Fahrzeugen zu vermeiden?

Stadtrat Urs Müller (CH): Die Problematik ist auch dem Kanton als Strasseneigentümer wohlbekannt. Unfälle entstehen aus Unachtsamkeit der Fahrzeuglenkenden und zeitlich vorzugsweise an Zügelterminen. In der Regel entstehen durch die Unfälle vor allem Blechschäden und Verkehrsbehinderungen. Ob sich Unfälle mit kostenintensiveren Massnahmen wie akustischen oder visuellen Warnsignalen einschränken lassen, darf bezweifelt werden. Bei noch mehr Signalen im Strassenraum steigt die Gefahr, dass diese noch weniger wahrgenommen werden. Aus diesem Grund geht der Trend eher in die Richtung, möglichst wenige Signale anzuordnen. Zudem sind infolge der verhältnismässig kurzen Zufahrtswege ab den Kreuzungspunkten Bahnhofplatz und Rosenegg-Kreisel einer technischen Umsetzung sehr enge Grenzen gesetzt.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Velostation:

In meiner einfachen Anfrage vom Jahr 2015 habe ich mich nach den Benutzerzahlen der Velostation erkundigt. Diese lag vom Start im Dezember 2014 bis Oktober 2015 im Schnitt zwischen 15 und 22 Velos, die da vom Werkhof gezählt wurden. In der Antwort wurde dann darauf hingewiesen, dass mit den Bauarbeiten beim Bahnhof die Benutzerzahlen steigen werden. Wie haben sich jetzt die Benutzerzahlen wirklich entwickelt von Oktober 2015 an?

Stadtrat Urs Müller (CH): Der Werkhof zählt die Belegung laufend zu unterschiedlichen Zeiten. Das heisst, zwischen 6 Uhr morgens bis auch 23 Uhr abends. Der Höchststand der Belegung mit

44 abgestellten Fahrrädern wurde im September 2016 protokolliert. Das gibt eine Auslastung von rund 37%. Im Anfangsjahr 2014 ab 23. Juni wurden an den 29 Zähltagen durchschnittlich 9,8 Fahrräder gezählt, im Jahr 2015 betrug der Durchschnitt abgestellter Fahrräder 18,1 pro Zählung, bis Ende Oktober 2016 waren durchschnittlich 22,8 Fahrräder in der Velostation abgestellt. Ab April 2016 wuchs die Belegung von durchschnittlich 26 auf 36,5 im September = Auswirkung der Sommerzeit.

Zu den verkauften Tickets: Als Referenz wiederhole ich gern die Zahlen, wie ich Sie Ihnen in der Fragestunde 2014 bereits angegeben habe. Damals wurden im Zeitraum 23. Juni bis 4. November 2014 264 Tageskarten, 11 Monatskarten und 32 Jahreskarten verkauft. Aktuell im Jahr 2016 bis zum 11. November waren es 743 Tageskarten, 23 Monatskarten und 63 Jahreskarten.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Gemäss meinen Informationen sind die laufenden Kosten jährlich bei rund 2'500 Franken für den Betrieb dieser Velostation, Einnahmeausfälle nicht eingerechnet. Hat sich da etwas verändert oder sind noch Massnahmen geplant oder können wir davon ausgehen, dass dieser Betrag stimmt?

Stadtrat Urs Müller (CH): Ich kann Ihnen den Betrag leider nicht auswendig sagen. Wir haben die Kosten einmal in der Beantwortung Ihrer Anfrage eingehend dargelegt. Sie können von diesen Kosten ausgehen.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Zentrumsnahe Umfahrung:

Im Mobilitätskonzept steht, dass der Gemeinderat im Jahr 2017 über den Planungsstand informiert wird.

1. Wann wird das genau sein?
2. Wie weit ist der Stand der Abklärungen zum jetzigen Zeitpunkt?
3. Wie weit kann sich der Gemeinderat dazu einbringen?

Stadtrat Urs Müller (CH): Mit der einfachen Anfrage der Gemeinderäte Stefan Geiges und Andreas Elliker, beantwortet am 28. Juni 2016, nahm der Stadtrat zu diesem Thema bereits Stellung.

1. Der aktuelle Zeitplan geht weiter davon aus, dass im 2017 über die Resultate informiert werden kann. Dies wird aber eher gegen Ende 2017 der Fall sein.
2. Unter der Federführung des Tiefbauamts des Kantons Thurgau erfolgte die Ausschreibung der Ingenieurarbeiten mit folgenden Arbeitsinhalten: Evaluation einer zentrumsnahen und deshalb kostengünstigeren Stadtentlastung, Variantenvergleich von bestehenden und zusätzlichen Varianten (Stichwort Schmetterling), Klärung der Machbarkeiten der verschiedenen Varianten auf einem einheitlichen Stand, damit die Vergleichbarkeit gegeben ist, Darstellung der räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten (Abgleich von Siedlung und Verkehr), Ausscheidung einer Bestvariante. Bis Ende Jahr wird der Regierungsrat die Ingenieurarbeiten vergeben haben und die Ingenieurarbeiten werden gestartet sein.

3. Dies kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abschliessend beantwortet werden. Es ist aber davon auszugehen, dass der Gemeinderat in gewohnter Manier (Partizipation Spezialkommission 2030 – wir haben über die Projektaufträge am Montag informiert) im Rahmen seiner Funktion und Aufgaben der Legislative eingebunden wird.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Kann ich davon ausgehen, dass der Gemeinderat oder das Volk zum Beispiel bis am 1. November 2017 darüber informiert werden?

Stadtrat Urs Müller (CH): Der Kanton ist wie gesagt federführend. Er wird den Zeitplan auch bestimmen, auch wenn wir da mal Druck machen müssen. Ich bleibe bei der Aussage, dass im Jahr 2017 darüber informiert werden kann.

Gemeinderat Robert Zahnd (SVP): Kompostplatz Mattstrasse:

Die AXPO hat den Frauenfelder Biomassenplatz an der Mattstrasse 1 auf den 1. November 2016 geschlossen. An der GPK-Sitzung vom 13. April 2011 versicherte Ernst Haas, dass der Platz erhalten bleibt. Dies wurde an der Gemeinderatssitzung vom 27. April 2011 vom GPK-Sprecher auch so weitergegeben. Wörtlich sagte Mathias Frei: „Es entsteht also kein Abbau von Dienstleistungen.“ Frauenfeld rühmt sich als grüne Energiestadt. Der Platz wurde von Landschaftsgärtnern, Landwirten, Baugeschäften, Forstbetrieben etc. mit Biomasse, die vor allem in Hausgärten, Baustellen, Äckern etc. anfällt, beliefert. Neu soll dieses Material vielfach nur in kleinen Mengen von 100 bis 200 kg nach Winterthur gekarrt werden, oder es wird wieder wie früher illegal im Wald deponiert.

1. Sind diese Mehrkilometer mit dem Label Energiestadt vereinbar?
2. Wann wurde der Stadtrat über die Schliessung orientiert?

Die dritte Frage erübrigt sich, da ein solcher Platz budgetiert ist. Ich habe die Fragen gestellt, bevor wir den Budgetordner erhalten haben.

Stadtrat Urs Müller (CH): Vorab - für den Grünabfall der Privaten ändert sich nichts. Dieser wird nach wie vor gesammelt. Es geht somit um den gewerblichen und kleineren Anteil an Grünabfall. Dazu hat die AXPO Kompogas AG nach der Inbetriebnahme der Kompogasanlage Riet in Winterthur weiterhin einen Sammelplatz auf dem Gelände der Ricoter betrieben. Vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen hat die AXPO Kompogas AG den Platz nun aufgegeben.

1. Denn es hat sich gezeigt, dass die auf besagtem Platz angelieferten Mengen in der letzten Zeit stark zurückgingen. Gemäss AXPO Kompogas AG waren es bis 2014 rund 8000 Tonnen jährlich, 2015 noch 2600 Tonnen und in diesem Jahr bis Ende Oktober noch 1400 Tonnen. Die Zahlen waren unterdessen auch in einem Zeitungsbericht zu lesen. Die Landschaftsgärtner, Landwirte, Baugeschäfte usw. entsorgen ihr Grüngut bei anderen Abnehmern, ist das Fazit. Das sind zurzeit vor allem die Firma Gerber, Santos, Dietiker und einzelne Landwirte, die Feldrandkompostierungen anbieten. Offenbar spielen für diese Entsorgenden dabei Mehrkilometer weniger eine Rolle, massgebend ist der Preis. Forstbetriebe entsorgen ihr Astmaterial sowieso ökologisch im Wald.
2. Der Stadtrat wurde über die Schliessung Mitte 2015 informiert. Die dritte Frage erübrigt sich, wie Sie richtig gesehen haben, da dazu ein Objektblatt im Budgetordner zu finden ist.

Gemeinderat Robert Zahnd (SVP): Es ist schon nicht so, dass die Forstbetriebe den Wald als Kompostplatz benutzen. Auch wir fällen in der Stadt Bäume und diese führen wir nicht in den Wald, um sie verrotten zu lassen.

Stadtrat Urs Müller (CH): Da sind Sie sicher näher am Thema.

Gemeinderat Peter Wildberger (GP): Wanderweg Stählibuck:

Bei den neu gekiesten Wanderwegen vom Wasserreservoir Stählibuck zum Stählibuckturm waren nach dem ersten gar nicht so starken Regen bereits wieder tiefe Längsrinnen ausgewaschen. Wäre es vom Unterhalt her nicht günstiger, man würde zum Beispiel mit den ausgedienten Trottoirrandsteinen Schrägrinnen auf diesen abschüssigen Wegen erstellen, damit das Wasser weggeleitet wird und man nicht immer wieder in einem Bachbett wandern muss?

Stadtrat Urs Müller (CH): Hier kann ich mich kurzfassen. Der angesprochene Teil des Wanderwegs vom Wasserreservoir Stählibuck zum Stählibuckturm liegt auf Grund der Gemeinde Matzingen und somit nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt. Es finden in diesem für die Stadt wichtigen Erholungsgebiet zwar Absprachen statt, dieser Weg wurde aber nicht durch die Stadt gekiest.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Waldparzellen:

1. Wie viele Waldparzellen besitzt die Stadt Frauenfeld?
2. Wo befinden sich diese Waldparzellen (Situationsplan)?
3. Wer pflegt diese Waldparzellen (Personen, Organisationen)?
4. Wie viele finanzielle Mittel muss die Stadt für die Pflege dieser Waldparzellen aufwenden (Geld, Dienstleistungen)?

Stadtrat Urs Müller (CH):

1. Die Stadt Frauenfeld besitzt rund 91 Waldparzellen.
2. Wir haben einen Situationsplan erstellen lassen und es freut mich, dass ich heute Ihnen etwas überreichen kann, auch wenn Sie mich dazu aufgefordert haben.
3. Die ordentliche Waldpflege wird durch den Bereichsleiter Entwässerungsanlagen und vorwiegend drei Werkhofmitarbeiter und allenfalls Mitarbeitern des Beschäftigungsprogramms ausgeführt. Wenn Ihnen dies zu wenig genau ist und Sie die Personen gern wissen möchten, bitte nachher. Diese Waldpflege wird unter Aufsicht und Anleitung von Revierförster Röbi Zahnd und seinen Mitarbeitern über das ganze Jahr begleitet.
4. Diese Beratung und Betreuung wird durch einen Pro-Kopf-Beitrag mit 3.527 Franken pro Einwohner durch den Kanton in Rechnung gestellt und kostet die Stadt Frauenfeld rund 88'000 Franken. Dies gilt als Abgeltung für gemeinschaftliche Leistungen zuhanden der Forstrevierkörperschaften gemäss kantonaler Waldgesetzgebung. Der Waldunterhalt der Stadt Frauenfeld ist jedes Jahr unterschiedlich. Im Jahr 2015 wurden grössere Holzungen am Bannhaldenbach nötig, die ca. 44'000 Franken kosteten und durch die Firma Forsta

ausgeführt wurden. Die übrigen Aufwendungen beliefen sich auf rund 15'000 Franken und verteilen sich wie folgt: BESA AG 4'600 Franken, Kurt Meier Frauenfeld 1'700 Franken, Generationengemeinschaft Elliker 6'500 Franken, Kurt Rottermann 1'900 Franken. Der Werkhof verrechnet intern rund 1250 Arbeitsstunden für den Waldunterhalt und die Naturschutzaufgaben, rund 350 bis 400 Stunden davon werden für die Waldpflege benötigt. Diese Angaben sind im Unterhaltskonto Naturschutz und Wald 2322, städtische Abwasseranlagen 2321 sowie 2320 öffentliche Gewässer zu finden.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Müssen 800-Liter-Container wegen den Unterflurcontainern weichen?

In diesem Frühjahr haben wir im Gemeinderat die Installation von Unterflurcontainern bewilligt. In der Botschaft wurde uns versichert, dass die 800-Liter-Container weiter abgeholt werden. Dazu steht auch in der Botschaft, dass man nicht weiter als 250 Meter davon entfernt sein darf. Nun habe ich erfahren, dass in einem Quartier der Werkhof den 800-Liter-Container nicht mehr abholen wollte und man bekam auch die Auskunft, dass man nun 300 Meter laufen müsse. Zum Glück wehrten sich die Anwohner gegen dieses Vorgehen.

1. Ist sich der Stadtrat wirklich bewusst, wie diese Vorlage umgesetzt wird?
2. Wie kann der Stadtrat garantieren, dass dies in anderen Quartieren ebenfalls praktiziert ist?
3. Wann soll der Gemeinderat den Botschaften noch trauen, wenn sie dann anders umgesetzt werden? Er war ja bei der Entsorgung auch anderer Auffassung.

Stadtrat Urs Müller (CH): Im Basisdokument des Verbands Kehrrechtverwertung Thurgau vom 26. Januar 2015 ist festgehalten: „Die empfohlene Tragdistanz zum nächsten Unterflurcontainer reicht bis maximal ca. 250 Meter.“ So ist auch der Wortlaut in der Botschaft. Daran halten wir uns grundsätzlich, jedoch kann es im Einzelfall zu Abweichungen kommen.

1. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Umsetzung der Umstellung von losen Säcken auf Unterflurcontainer gemäss besagtem Basisdokument der KVA Thurgau durch den Werkhof angelaufen ist. Darin wird klar festgehalten, dass zusätzlich zu den Unterflurcontainern auch 800-Liter-Container zum Entsorgungskonzept gehören. Im angesprochenen Quartier Bsetzi wurde über das gesamte Baugebiet eine flächendeckende Erschliessung mit Unterflurcontainern geplant. Die Hausverwaltungen, die Container betreiben, wurden aktiv für einen Wechsel auf die Unterflurcontainer angefragt. Es wurden alle Vor- und Nachteile aufgezeigt. Nach den Rückmeldungen durch den Verantwortlichen wurde bei der Siedlung Sperberweg der Containersammelpunkt belassen.
2. Der Stadtrat kann garantieren, dass in anderen Quartieren auch alle Sammelpunkte aktiv bearbeitet werden, um die Zielsetzungen der Botschaft zu erreichen. So kann bei einzelnen alleinstehenden Containern auch auf Unterflurcontainer verwiesen werden, wenn beispielsweise LKW in Sackgassen nicht wenden können. Es geht schliesslich darum, dass es nicht sinnvoll ist, mit einem anderen Fahrzeug einen einzelnen Container abholen zu müssen.

3. Der Stadtrat bemüht sich, die Botschaften an den Gemeinderat nach bestem Wissen und Gewissen zu erarbeiten. Sollte der Gemeinderat dazu eine Frage haben, so kann er diese jederzeit direkt an die zuständige Stelle richten.

Gemeinderat Kurt Sieber (SVP): Pausenverpflegung Casino:

1. Wie sind die Pausenverpflegungen während den Veranstaltungen geregelt?
2. Wer ist verantwortlich für diese Pausenverpflegungen?

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Um die Attraktivität und den hohen Standard des Casinos für Besuchende beizubehalten, sollte während den Pausen von Konzerten oder Theatern eine gewisse Bewirtung gewährleistet sein.

1. Bis Ende Jahr wurde diese durch die ehemaligen Pächter sichergestellt. Aufgrund des neuen Casinokonzepts sind die Veranstalter selber verantwortlich, dass eine Pausenbewirtung zum Beispiel durch einen Caterer angeboten wird. Nun hat es sich aber herausgestellt, dass es für die meisten Caterer unattraktiv ist, für die meist nur sehr kurze Zwischenverpflegung mit einem beschränkten Getränke- und Snacksortiment zu sorgen. Die Einsatzzeit ist zu kurz und das Risiko, dass bei einer schlecht besuchten Veranstaltung nur wenig konsumiert wird, eben zu gross. Dies war übrigens auch bei der Pausenverpflegung durch die ehemaligen Pächter ein Problem. Im langjährigen Pachtvertrag war deshalb festgehalten, dass bei Nonprofitveranstaltungen die Stadt für einen Teil des Defizits aufkommen musste. Es kann nun somit vorkommen, dass ein Veranstalter keine Pausenverpflegung stellen kann. In einem solchen Fall springt auf Wunsch des Veranstalters das Casinopersonal, welches zum Teil bereits vor Ort ist, ein. Der zusätzlich entstehende Aufwand für Personal, Getränke und Snacks wird dabei durch die generierten Einnahmen abgegolten. Ein entsprechender Betrag ist im Budget 2017 aufgeführt.
2. Neben der Bereichsleiterin im Casino stehen auf Abruf mehrere Personen zur Verfügung, welche bereit sind, als Kurzaushilfen im Stundenlohn für die Pausenverpflegung zu sorgen. Das Personal für die Eingangskontrollen wird in der Regel wie bisher durch die Veranstalter organisiert. Wenn gewünscht, kann aber die Eingangskontrolle durch Casinopersonal ergänzt werden, der Aufwand wird selbstverständlich verrechnet.

Gemeinderat Peter Wildberger (GP): Wasserzufuhr des Murg-Auen-Parks des neuen Nebenarms:

Ich habe beobachtet, dass mindestens sieben oder acht Wochen die obere Wasserzufuhr für den neuen Nebenarm im Murg-Auen-Park nicht mehr funktionierte. Was geschieht mit den Fischen? Die waren sichtbar in abgetrennten Tümpeln, schwammen da herum und konnten nicht weg.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Für einmal war es nicht irgendeine Verstopfung, da kämpfen wir auch noch ein bisschen, indem wir beim Kraftwerk etwas optimieren. Das Hauptproblem war hier die Trockenheit. Im Jahresdurchschnitt fliessen durch die Murg pro Sekunde 3,5 Kubikmeter Wasser. Wenn weniger als zwei Kubikmeter Wasser fliessen, ist das aus der künstlichen Altlaufquelle strömende Wasser praktisch nicht mehr erkennbar. Seit Ende August betrug der mittlere Wasserabfluss nur noch 1,4 Kubikmeter pro Sekunde. Dies hatte zur Folge, dass der Wasserabfluss im Altlauf praktisch stoppte.

Wie in den nach einem Thurhochwasser kurzfristig entstehenden Tümpeln sind auch die Fische im Murg-Auen-Park den natürlichen Vorgängen unterworfen. Nebst der Flora stellt sich auch die Fauna auf unterschiedliche Lebensbedingungen ein. Um die Naturnähe nicht zu beeinträchtigen, wird eine Korrektur durch Menschenhand möglichst restriktiv gehandhabt. Was mit den Fischen geschieht, können wir uns alle ausdenken, aber das ist eben die Natur.

Gemeinderat Fredi Marty (MproF): Lärmbelästigungen in der Umgebung des Murg-Auen-Parks:

Wie ich von einem Nachbarn erfahren habe, soll am Montag, 7. November eine Aussprache zwischen Vertretern der Stadt und Anwohnern des Murg-Auen-Parks stattgefunden haben. Dabei sei es vor allem um die unzumutbaren Lärmbelästigungen anlässlich des Out in the Green Gardenfestivals im August gegangen, aber auch um andere Veranstaltungen auf der Murgwiese, die bis weit nach Mitternacht andauerten. In der Frauenfelder Woche vom 22. September 2016 las ich, dass es bereits eine Aussprache mit dem Stadtpräsidenten Anders Stokholm und dem zuständigen Stadtrat Ruedi Huber gegeben habe. Die Wortwahl und Tonalität der betroffenen Anwohner lässt darauf schliessen, dass man sich damals nicht gefunden hat. Sie bezeichneten sich in einem offenen Brief als „Verlierer des Murg-Auen-Parks, welche keine Möglichkeit haben, einfach mal kurz auszuziehen“. Aufgrund dieses schwelenden Konflikts frage ich den Stadtrat an:

1. Wie ist diese zweite Aussprache vom 7. November mit den Betroffenen verlaufen?
2. Sind die beiden Parteien zu einer einvernehmlichen Lösung gelangt, die beinhaltet, dass solche Anlässe mit Lärmbelästigungen bis weit nach Mitternacht im kommenden Jahr und auch in weiterer Zukunft vom Stadtrat nicht mehr bewilligt werden?
3. Falls dem nicht so ist, wie gewichtet der Stadtrat das Interesse der Anwohner, die sich über die unverhältnismässige Nutzung der Murgwiese und des gesamten Parks beklagen im Vergleich mit dem öffentlichen Interesse an solchen Veranstaltungen?
4. Ist der Stadtrat nicht auch der Meinung, dass die Gefahr einer Übernutzung oder gar einer Zweckentfremdung des Murg-Auen-Parks besteht?

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Sie stellen mir da eine schwierige Frage, aber das ist kein Vorwurf, sondern ich will versuchen, die Antwort zu geben.

Die Aussprache vom 7. November hat stattgefunden mit etwa 25 bis 30 Anwohnenden. Alle Seiten, Organisatoren des Openairs Out in the Green Garden, Anwohner und Stadt haben die Möglichkeit erhalten, ihre Standpunkte offen und klar darzulegen. Es wurde sehr engagiert und teilweise auch mit sehr grossen Emotionen diskutiert. Aufgrund des unvermeidbaren Zielkonflikts zwischen einer genügenden Belegung des Parks, welche unter anderem auch die soziale Kontrolle sicherstellen soll, und dem verständlichen Bedürfnis der Anwohner nach möglichst viel Ruhe und Erholung ist eine völlig einvernehmliche Lösung leider nur sehr schwer zu finden. Die geführten Diskussionen haben aber klar gezeigt, dass das im Übrigen sehr gut organisierte Festival Out in the Green Garden für den Murg-Auen-Park klar eine Nummer zu gross war. Nicht zuletzt auch wegen dem Headliner Inner Circle, welcher am Samstagabend rund 3000 Gäste angezogen hat. Auch hat es sich gezeigt, dass die Wiese vor dem Pavillon bei nassem Wetter nur geringe Belastungen erträgt und dass die Auf- und Abbauphasen zu lang und zu lärmig waren. Um die Belastungen für die Anwohner und die Natur auf ein akzeptables Mass zu redu-

zieren, wird das Amt für Freizeitanlagen und Sport dem Stadtrat folgende Massnahmen vorschlagen:

- Zurückhaltung bei Grossanlässen und keine Massierung solcher Anlässe am gleichen Ort
- Keine Anlässe mehr, bei welchen Zuschauer in vierstelliger oder höherer Zahl erwartet werden
- Vor und nach einem emissionsreichen Anlass eine gewisse Ruhepause
- Auf- und Abbauphasen auf möglichst kurze Zeit begrenzen und während diesen Bauphasen möglichst wenig und leise Musik und während Ruhezeiten gar keine Musik
- Sicherstellung der Nachtruhe ab 24 Uhr und sehr restriktive Handhabung von Ausnahmen, zum Beispiel am Quartiervereinsfest
- Bodenbelastende Anlässe nur noch auf den befestigten Bereichen des Parks wie Plätze, Wege, Schotterrassen, die extra dafür gebaut wurden
- Noch konsequentere Durchsetzung der Lärmschutzvorgaben, das ist aber immer mit Personalaufwand verbunden
- Vermehrte Sicherheitskontrolle bei schwierigen, nicht angemeldeten Gruppen, die zum Teil diesen Sommer wieder etwas vermehrt aufgetreten sind

Wie auch bei den zahlreichen Anlässen in der Innenstadt müssen die gegenteiligen Interessen der verschiedenen Personengruppen immer wieder neu gegeneinander abgewogen werden. Wenn wir nicht zu einer Schlafstadt der Agglo Zürich werden wollen, braucht es engagierte Menschen, welche sich entfalten und dadurch auch die Stadt beleben können. Trotzdem darf auch die Wohnqualität nicht über die Massen beeinträchtigt werden. Hier gilt es, das richtige Mass zu finden.

Übernutzung bzw. Zweckentfremdung des Murg-Auen-Parks: Ja, der Stadtrat teilt Ihre Meinung. Während des Abstimmungskampfs zum Murg-Auen-Park haben die Gegner des Projekts immer wieder berechtigte Befürchtungen bezüglich einer Besetzung des Parks durch Randgruppen geäussert. Die rund 100 Anlässe mit 8700 Personen, welche im vergangenen Jahr im Park stattgefunden haben, haben zu einer Belebung des Parks geführt und damit gemeinsam mit den Sicherheitskräften einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass die Aufenthaltsqualität im Park momentan sehr gut ist.

Betreffend Belebung gilt es eben immer, das optimale Mass zu finden und daran arbeiten wir intensiv.

Gemeinderat Fredi Marty (Mprof): Ich werde da politisch am Ball bleiben.

Gemeinderat Robert Zahnd (SVP): Smart Meter:

Über die Kosten von Smart Metering wurde bis jetzt wenig transparent Auskunft gegeben. Viele Anschlüsse sind nun gemacht, die Kosten sollten nun klarer sein.

1. Wie viel hat diese Umstellung bis heute gekostet (Anschlüsse, Apparate etc.)? Welche Kosten stehen noch an, bis alle Anschlüsse gemacht sind? Wann ist das Projekt abgeschlossen? Wo und was wurde und wird gespart nach den Anschlüssen und welche Firmen wurden mit den Anschlüssen betraut?
2. Gibt es eine transparente Schlussabrechnung, wo schlussendlich ersichtlich ist, wer die Kompetenz hatte, dieses Projekt zu beschliessen?

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Smart Meter sind ein Teil des neuen Steuerungs- und Abrechnungssystems NESAS der Werkbetriebe, welches die aus den Sechzigerjahren stammende Rundsteuer- und Zählertechnologie ablösen wird. Beschlossen wurde diese Ablösung im November des Jahres 2010. Im Rahmen eines teilweise leicht vorgezogenen periodischen Ersatzes werden die alten mechanischen Zähler durch elektronische Smart Meter ersetzt. Bei Neubauten werden von Beginn weg derartige Geräte eingebaut. Dank der Einsparungen, welche durch Optimierungen und Automatisierungen entstehen, können die durch die Umstellung anfallenden Kosten kompensiert werden.

Für den Einbau von elektrischen Strom-, Gas- und Wasserzählern sowie Lastschaltgeräten wurden bisher insgesamt 3,7 Mio. Franken aufgewendet. Rund ein Sechstel dieses Betrags wurde für die Ausrüstung von neu zu erstellenden Bauten aufgewendet. Bei einem Verzicht auf diese Modernisierung des Gesamtsystems hätten für den normalen Zählerersatz in der gleichen Zeitperiode, die jetzt hinter uns liegt, rund 2,2 Mio. Franken aufgewendet werden müssen. Aufgrund der vorgezogenen Umstellungen werden in den Jahren 2019 bis 2022 keine Zähler mehr ersetzt werden müssen, was die momentanen Zusatzaufwendungen ebenfalls weitgehend kompensieren dürfte.

Der momentane Ausbaustand beträgt 60 Prozent. Aufgrund der heutigen Kenntnisse muss noch mit etwa 2,3 Mio. Franken gerechnet werden, bis alle Anschlüsse realisiert worden sind. Abgeschlossen sein wird das Projekt im Jahr 2019. Spätestens dann sollte es abgeschlossen sein, weil dann für die alte Rundsteueranlage keine Ersatzteile mehr erhältlich sein werden.

Die Wirtschaftlichkeit des Projekts wurde in einer vor dem Projektbeginn durchgeführten Machbarkeitsstudie geprüft und aufgezeigt. Bei der flächendeckenden Anwendung dieser intelligenten Zähler kann folgender Nutzen generiert werden: Optimierung des Geschäftsprozesses Ableitung und Verrechnung, da werden bereits jetzt rund 200'000 Franken pro Jahr eingespart. Rationalisierung der Verrechnung der jährlich über 2000 Mieterwechsel, die wir in Frauenfeld haben. Ermöglichung von Netzoptimierungen, d. h., der Netzausbau kann dank der Echtzeitmessungen den tatsächlichen Anforderungen angepasst werden. Optimierung der Netzauslastung, Minimierung der Probleme mit der immer stärker schwankenden dezentralen Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen. Das ist kein Vorwurf, es ist Fakt. Wir haben zwischen null und 17 Prozent Solarenergie in Frauenfeld im Vergleich zum maximalen Leistungsbedarf. Da braucht es ein entsprechendes Netz, damit das funktioniert, und da helfen die Smart Meter mit. Reduktion der Spitzenleistungskosten dank einer verbesserten Laststeuerung, Optimierung der Energiebeschaffung dank präziseren Prognosedaten für den Energiebereich. Je mehr wir voraussagen können, wann wir wie viel Energie brauchen, desto günstiger sind die Preise. Und schlussendlich Erhöhung der Versorgungssicherheit, da Unterbrüche schneller und genauer lokalisiert und behoben werden können.

Die Montage der Zähler selbst erfolgt weiterhin durch Zählermonteure der Werkbetriebe Frauenfeld. Überall wo M-Busleitungen als Verbindung zwischen dem Gas-, dem Wasser- und dem Stromzähler verlegt werden müssen, werden ausschliesslich ortsansässige Installationsfirmen berücksichtigt. Das sind Altorfer Elektro, Ellenbroek Hugentobler, Etavis AG, die scheinbar hier auch eine Ablage hat, Gehring Elektro, Müller AG, Elektro Schultheiss Möckli.

Wie bei allen Projekten wird auch bei diesem sehr grossen Projekt ein Projektkostencontrolling durchgeführt, welches bei Abschluss des Projekts eine transparente Schlussabrechnung ermöglicht.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Kundenmagazin Werkbetriebe:

Die Werkbetriebe verteilen ihren Kunden seit diesem Jahr mehrmals jährlich eine aufwendig gestaltete Info- und Unterhaltungsbroschüre. Was sind die Ziele dieser Publikationen und wie hoch sind die jährlichen Kosten? Warum wurde für die Realisierung keine Frauenfelder oder zumindest Thurgauer Agentur berücksichtigt, sondern eine Agentur aus Aarau?

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Aufgrund der angekündigten weiteren Marktöffnung im Energiemarkt hat der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Anbietern bereits jetzt stark zugenommen. Heute wird von verschiedenen Stadtwerken sehr intensiv Werbung betrieben, um Kunden zu binden. Gleichzeitig wird versucht, mit hohen Lohnversprechungen Mitarbeitende, welche Kundenbeziehungen pflegen, abzuwerben. Vor diesem Hintergrund, solange wir Strom- und Energiehandel betreiben wollen, (das müssen wir vielleicht auch einmal diskutieren), wäre es unverantwortbar, wenn die Werkbetriebe ihre Hände einfach in den Schoss legen würden. Für eine erfolgreiche Zukunft sind somit auch die Werkbetriebe gezwungen, die Beziehungen zu ihren Kunden vermehrt und intensiver zu pflegen. Nicht mit Fernsehen und nicht mit Models auf den Homepages, sondern eben mit einer Kundenzeitschrift. Wie erste Rückmeldungen zeigen, ist das Kundenmagazin für viele Kunden zu einer wichtigen Informationsquelle betreffend der Dienstleistungen der Werkbetriebe geworden.

Die Kosten für eine Ausgabe setzen sich wie folgt zusammen: Redaktionelle Aufwendungen (Firma Braintrain in Aarau) 15'000 Franken, Druck (Genius Media in Frauenfeld) 4'000 Franken, Versand (Promopost) 2'000 Franken. Gesamtkosten pro Ausgabe 21'000 Franken. Das Bulletin erscheint zwei Mal jährlich, was eben Kosten in der Höhe von gut 40'000 Franken verursacht, das sind 0,7 Promille des Umsatzes.

Warum wurde für den redaktionellen Teil die Firma Braintrain ausgewählt: Diese Frage habe ich natürlich auch gestellt. Der Grund sind sehr hohe Fach- und Branchenkenntnisse im Bereich der Energie- und Wasserversorgung, sehr gute Referenzen und die Firma bietet ein kostenminimierendes modulares Angebot. Das heisst, die Firma verfügt über einen breiten branchenspezifischen Fundus von Fotos und Texten etc., welche dann mit regionalen Informationen angereichert werden können. Der Druckauftrag wurde selbstverständlich an ein regionales Unternehmen vergeben.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Werkbetriebe machen Gasheizungswartungen:

In der Broschüre „Punkt“ Ausgabe 2 2016 der Werkbetriebe Frauenfeld machen sie Werbung für die Wartung von Erdgasheizungen.

1. Seit wann bieten die Werkbetriebe diese Dienstleistungen an?
2. Ist das nicht Konkurrenz gegenüber dem Gewerbe? Wie sieht das der Stadtrat?
3. Wer kann gewährleisten, dass dies nicht mit Gebührengeldern querfinanziert wird? In welchem Konto der Werkbetriebe werden die Einnahmen verbucht?

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Solche Dienstleistungen werden gemäss meinen Abklärungen bereits seit den Sechzigerjahren angeboten. Zuerst umfassten diese hauptsächlich den Unterhalt von Gasapparaten wie Durchlauferhitzer und Gasherde. Mit der Erdgaseinführung im Jahr 1974 und dem rasanten Anstieg von Erdgasheizungen verlagerten sich diese Dienstleistungen stetig in

Richtung Heizungssektor. Die Werkbetriebe installieren selber keine Gasgeräte, weder im Neubau noch im Sanierungsbereich. Die Installationen und Geräteauswechslungen werden vollumfänglich vom Heizungsgewerbe getätigt. Wie die umliegenden Gaswerke Weinfelden, Winterthur usw. bieten aber auch die Werkbetriebe Frauenfeld für Einfamilienhäuser mit einem Leistungsbedarf von weniger als 30 KW auf einigen speziellen Gerätetypen einen Servicedienst inklusive Pikett an. Von den rund 3400 Gasbezüglern nutzen etwa 850 dieses Angebot. Die örtlichen Firmen, welche Serviceverträge anbieten, betreuen in der Regel nur das Produkt ihres Geräteherstellers und bieten keine Verträge für andere Marken an. Die Mehrheit der örtlichen Installateure beschränkt sich auf Installationen und Geräteauswechslungen.

Mit einem Stundenansatz von 102 Franken und einer vollen Verrechnung der Ersatzteile ist eine Quersubventionierung nicht notwendig. Die Einnahmen betragen für die Heizperiode Oktober bis April rund 120'000 Franken für Erdgasservice und Feuerungskontrolle. Der Ertrag wird im Bereich 340 Arbeiten Dritte und Netzarbeiten aufgeführt und intern detailliert erfasst.

Gemeinderat Romeo Küng (SVP): Kompogas Winterthur AG:

1. Wie hoch sind die jährlichen Kosten, welche durch die Stadt Frauenfeld für die Beteiligung an der Kompogas Winterthur AG ausgegeben werden?
2. Wie viele Dienstleistungen und zu welchem Betrag werden jährlich durch die Werkbetriebe zugunsten der Kompogas Winterthur AG erbracht resp. Ausgegeben?
3. Ist der Geschäftsbericht der Kompogas Winterthur AG durch den Gemeinderat einsehbar?

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Wir befinden uns bei dieser Frage an einer Schnittstelle zwischen Werkbetrieben und Werkhof.

1. Die Stadt Frauenfeld ist Aktionär, dieses Aktienkapital wurde einmal gezeichnet. Laufende Kosten wegen dieser Beteiligung fallen keine an. Im Vergleich zur vorherigen Grüngutentsorgung bestehen im Vergleich tiefere Anlieferungskosten. Wir können von dieser Kompogas AG Biogas beziehen und sind, wenn es einmal einen Erfolg gibt, auch am Erfolg des Unternehmens beteiligt. Allerdings bin ich mit solchen Aussagen langsam vorsichtig. Die Anlieferungskosten sanken von vorher 125 Franken pro Tonne auf 100 Franken pro Tonne, was Minderausgaben für die Stadt von 100'000 Franken pro Jahr bedeutet. Viele weitere Informationen finden sich in der Botschaft Nr. 222 Kredit für eine Beteiligung von 560'000 Franken am Aktienkapital der Kompogas Riet AG und im Gemeinderatsprotokoll Nr. 41 vom 27. April 2011.
2. Die Werkbetriebe stellen zwar einen Verwaltungsrat, Dienstleistungen werden aber sonst keine erbracht und es werden keine Verwaltungsratshonorare ausbezahlt.
3. Aufgrund von allem, was wir jetzt gelernt haben, werden wir dafür besorgt sein, dass der Geschäftsbericht der Kompogas Winterthur AG für den Gemeinderat zukünftig einsehbar sein wird.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Städtepartnerschaft:

Eine Vorbemerkung: Der Titel meiner Frage hiess „Städtegemeinschaft“. Ich wusste nicht, dass wir neben Kufstein noch weitere Städtepartnerschaften unterhalten.

Stimmt es, dass sich die Städte Frauenfeld, Winterthur, Schaffhausen und St. Gallen regelmässig treffen, um Hilfsprojekte im In- und Ausland zu unterstützen und sich gegenseitig finanzielle Zusicherungen dafür zu geben?

Stadträtin Christa Thorner (SP): Die drei städtischen Exekutiven von St. Gallen, Schaffhausen und Winterthur treffen sich traditionsgemäss einmal jährlich zu einem partnerschaftlichen Austausch, dem Städtetreffen. Vor einem Jahr wurde der Stadtrat Frauenfeld eingeladen, an diesem Jahrestreffen als vierte Stadt künftig ebenfalls teilzunehmen, was im vergangenen September erstmals stattfand. Neben dem allgemeinen Austausch und der Vertiefung aktueller Themen wird jeweils ein Hilfsprojekt der Auslandhilfe, welches alle Städte gemeinsam unterstützen wollen, diskutiert und eine entsprechende Absichtserklärung abgegeben. Zielsetzung der gemeinsamen Unterstützung ist es, dass die Hebelwirkung für ein Hilfsprojekt damit erhöht werden kann. So wird vorbehältlich der Genehmigung des Budgets aller vier städtischen Parlamente im kommenden Jahr beispielsweise das Maternité-Projekt Kimongo in der Demokratischen Republik Kongo gemeinsam unterstützt werden. Somit handelt es sich nicht um eine Städtepartnerschaft, sondern um ein jährliches Städtetreffen dieser vier Städte.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Mich erstaunt diese Geheimdiplomatie, dass da solche Treffen stattfinden mit solchen massiven finanziellen Konsequenzen. Stimmt es, dass dieses Projekt, das Sie angesprochen haben, gesamthaft mit 275'000 Franken unterstützt wird, wovon Frauenfeld 35'000 Franken beisteuert? Stimmt es, dass dieses Projekt mehr als fragwürdig ist, weil es missioniert und missionarischen Hintergrund hat und nicht Zewo-zertifiziert ist, also auch bezüglich Transparenz mehr Fragen aufwirft und damit die Stadt Frauenfeld eigentlich gegen eigene Grundsätze bei der Vergabe solcher Projekte verstösst, wie sie in meiner einfachen Anfrage zu diesem Thema eigentlich einmal aufgestellt und erwähnt wurden?

Stadträtin Christa Thorner (SP): Es trifft zu, dass dieses Projekt insgesamt durch alle vier Städte mit 275'000 Franken unterstützt werden wird. Es ist so, dass dieses Projekt ein kleineres Projekt ist und nicht durch ein nationales Hilfsprogramm oder Hilfsorganisationen getragen wird, sondern den Kriterien entspricht, die auch wir in Frauenfeld haben. Wir haben nicht die Kriterien, dass alle Zewo-zertifiziert sein müssen, sondern wir haben die Kriterien, dass die Hilfsprojekte abgeklärt und mit glaubwürdigen Referenzen und überprüfbaren Unterlagen ortsnaher Vertreter, also Frauenfelderinnen und Frauenfeldern oder hier in diesem Projekt von Winterthurerinnen und Winterthurern abgeklärt sind. Es ist jeweils so, dass eine Stadt diesen Vorschlag macht und die Verantwortung auch trägt für die sachgerechte Abklärung dieser Projekte. Im vorliegenden Projekt handelt es sich um ein Hilfsprojekt der Stiftung Kimongohilfe von Pfarrer Dr. Willi Mbunga von Winterthur Wülflingen. Er ist dort katholischer Pfarrer seit 2004 und stellt den Kommunikationsfluss auch sicher. Er ist in dieser Pfarrei St Laurentius in Wülflingen tätig und periodisch, das haben wir uns zeigen lassen, machen sich Stiftungsratsmitglieder aus Winterthur bei Besuchen und dank verlässlicher Gewährspersonen vor Ort ein Bild über die Mittelverwendung. Die vier Städte haben sich ausgetauscht, insbesondere über dieses Kriterium, das Sie richtigerweise erwähnen, dass eine Zewo-Zertifizierung eine Sicherstellung einer richtigen Verwertung oder eines Finanzwirtschaftens innerhalb der Schweiz sicherstellt, aber nicht vor Ort. Zewo garantiert in der Schweiz vor allem die gerechte Mittelverwendung. Was diese vier Stadtratgremien auch in der Diskussion zu hören bekamen, ist, dass weil es sich um ein kleines Projekt handelt und die Maternité mit diesen 275'000 Franken einmalig mitfinanziert wird, wie damit eine Infrastrukturinvestition getätigt werden kann, die diesem Projekt eine Basis für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung vor Ort und damit auch den Kriterien unserer Städte gemeinsam entspricht, weil damit eben auch eine Wirksamkeit erzielt werden kann, die von all diesen Städten mitgetragen wird. Wir haben uns auch überlegt, ob unsere Kriterien diesen Krite-

rien entsprechen und wir haben diesen Kriterien zustimmen können, gleichzeitig hat das Stadträtegremium beschlossen, diese Kriterien einer erneuten Überprüfung zu unterziehen, dadurch dass unsere Stadt neu dazugekommen ist. Wir werden also 2017 diesen Kriterienkatalog mitbestimmen, insbesondere wenn wir mitbeteiligt sind bei diesen entsprechenden Projekten.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Ich danke allen Fragestellern und auch dem Stadtrat für die gute Zusammenarbeit. Wir kamen zügig voran.

Ich hoffe, dass alle Fragesteller mit den Antworten zufrieden sind und danke dem Stadtrat für die interessanten Antworten.

Sollten die Ratsmitglieder noch weitere ergänzende Fragen haben oder wollen Sie unter dem Jahr noch etwas wissen, können Sie sich auch direkt mit den Verantwortlichen in Verbindung setzen.

Wir sind somit am Schluss der heutigen Traktandenliste angelangt. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 14. Dezember bereits um 16 Uhr statt. Das Haupttraktandum wird die Beratung des Budgets der Stadt, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park 2017 sein.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die engagierten Voten unter Traktandum 2 und für die vielen Fragen unter Traktandum 3 und natürlich dem Stadtrat für die entsprechenden Antworten. Ich danke auch den Fraktionen, die sich bereit erklärt haben, die traditionellen Fraktionsabende zu verschieben, damit wir Zeit hatten, alle gestellten Fragen und die entsprechenden Antworten heute Abend zu behandeln. Nicht vergessen möchte ich ein Dankeschön an die Stadtgärtnerei für den schönen Blumenschmuck und an Beat Dürger und sein Team für die Unterstützung vor der Sitzung. Ich wünsche allen einen schönen und erfreulichen Abend und eine gute Heimkehr.

- - -

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr
